



# belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

## EU-SANKTIONEN PARLAMENTSWAHL

■ ANALYSE		
Die EU-Sanktionspolitik gegenüber Belarus		2
Von Thomas Vogel, Brüssel		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Aktuelle Wirtschaftsdaten		6
<hr/>		
■ ANALYSE		
Parlamentswahlen in Belarus 2012: Wähler ohne Wahl – Wahl ohne Wähler		10
Von Adam Busuleanu und Stefanie Schiffer, Berlin		
■ DOKUMENTATION		
Umfrage vor der Parlamentswahl vom 23.9.2012		14
Pressestimmen zur Parlamentswahl vom 23.9.2012		19
Wahlbericht der OSZE		22
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 27. Juni bis 27. September 2012		23



## Die EU-Sanktionspolitik gegenüber Belarus

Von Thomas Vogel, Brüssel

### Zusammenfassung

Am 31. Oktober 2012 laufen die derzeitigen Sanktionen gegen Belarus aus und die Außenminister der EU müssen über eine Verlängerung und Ausweitung beraten. Einreiseverbote und Kontensperrungen haben sich als weitgehend wirkungslos erwiesen. Schärfstes Schwert Brüssels wären wirtschaftliche Sanktionen, sowohl gegen einzelne Firmen und Mittelsmänner als auch ein Embargo ganzer Sektoren. Die Frage ist, wer bei letzterem mehr leiden würde, die Machtelite oder doch die Bevölkerung.

### Einleitung

Ein paar hundert Stoffteddybären, abgeworfen aus einem schwedischen PR-Flugzeug, rückten Belarus im Juli dieses Jahres plötzlich wieder ins Bewusstsein Europas und damit zurück auf die politische Agenda in Brüssel. Der diplomatische Eklat zwischen Stockholm und Minsk, der in der Ausweisung der Botschafter gipfelte, zeigt, dass keines der Probleme im Umgang mit dem autoritär regierenden Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka entschärft ist und es keinerlei Zugeständnisse im Hinblick auf Demokratie und Menschenrechte gibt.

### Die bisherige Politik der EU

Mit der Niederschlagung der Proteste nach den gefälschten Präsidentenwahlen Ende 2010 erlitt die von der EU begonnene Politik der Annäherung und des Dialoges, die mit der Aufnahme von Belarus in das Programm der Östlichen Partnerschaft im Mai 2009 und dem gemeinsamen Besuch des deutschen und des polnischen Außenministers in Minsk im November 2010 ihren Höhepunkt fanden, einen schweren Rückschlag. Die EU entschied sich für eine mehrgleisige politische Reaktion: Die restriktiven Maßnahmen gegenüber dem Regime wurden erneuert, gleichzeitig wurde die technische Zusammenarbeit fortgeführt und die Unterstützung der Zivilgesellschaft intensiviert. Die Einreisesperren, die seit 2008 ausgesetzt waren, wurden Anfang 2011 wieder reaktiviert und angesichts andauernder Repressionen gegen Zivilgesellschaft und Opposition, schrittweise verschärft. So wird mittlerweile 227 belarussischen Beamten die Einreise in die EU verwehrt und die Vermögenswerte von 243 Personen und 32 belarussischen Unternehmen sind im EU-Ausland eingefroren. Ebenso ist ein Waffenembargo in Kraft, das auch für Materialien gilt, die im Innern eingesetzt werden könnten. Das seit 1996 fertig ausgehandelte Partnerschafts- und Kooperationsabkommen liegt weiterhin auf Eis. Belarus darf auch nach wie vor nicht am bilateralen Programm der Östlichen Partnerschaft teilnehmen, was vor allem bedeutet, dass kein Assoziierungsabkommen mit vertiefter Freihandelszone verhandelt werden kann. Auf Betrei-

ben des Europaparlaments hat die parlamentarische Versammlung der Östlichen Partnerschaft Euronest zudem entschieden, die belarussischen Abgeordneten von der Zusammenarbeit vorerst auszuschließen. Die politischen Kontakte zum Regime wurden bis auf wenige Ausnahmen auf die Botschafterebene begrenzt. Zu diesen Ausnahmen zählte u. a. der langjährige Außenminister Sjarhej Martynau. Dies gilt jedoch bisher nicht für den im August 2012 neu zum Außenminister ernannten Uladzimir Makej, der aufgrund seiner bisherigen Funktion als Chef der Präsidialadministration vorerst weiter von dem EU-Einreiseverbot betroffen ist. Die Wiederaufnahme des Dialogs mit Lukaschenka macht die EU von der Freilassung aller politischen Gefangenen und deren Rehabilitierung sowie vom sofortigen Stopp aller repressiven Maßnahmen abhängig.

Gleichzeitig versucht Brüssel den Kontakt zur Zivilgesellschaft und politischen Opposition auszubauen. Bis 2013 wurde dafür die finanzielle Hilfe auf 19,3 Mrd. Euro vervierfacht, deren gezielte Vergabe mit belarussischen NGOs regelmäßig beraten wird. Der für die EU-Nachbarschaftspolitik zuständige Kommissar, Stefan Füle, hat darüber hinaus seit März 2012 eine sogenannte Modernisierungspartnerschaft mit NGOs und politischen Akteuren ins Leben gerufen, um konkrete Initiativen zu besprechen. Auch im Rahmen des Zivilgesellschaftsforums der Östlichen Partnerschaft, das die Vernetzung der NGOs in den jeweiligen nationalen Plattformen, den Partnerländern und der EU unterstützen soll, spielen die belarussischen Aktivisten eine bedeutende Rolle. Einige Mitgliedstaaten haben damit begonnen, ihre Visapolitik gegenüber der belarussischen Bevölkerung einseitig zu lockern. So verzichten beispielsweise Deutschland und Polen bei bestimmten Personengruppen wie etwa Studenten ganz auf die Erhebung einer Visagebühr. Im Rat wird derzeit versucht, eine einheitliche Lösung für alle EU-Einreisen zu finden. Ein auch nach Dezember 2010 noch gültiges Angebot der EU vom Juni 2010, Verhandlungen für ein Visaerleichterungsabkommen aufzunehmen, wird von Minsk bislang negativ beschieden.

## Kritik an EU-Maßnahmen und weitergehende Forderungen

Die Freilassungen von zwei politischen Gefangenen, Andrej Sannikau und Dzmitryj Bondarenka, im April dieses Jahres werteten viele Beobachter auch in Belarus als ein erstes Entgegenkommen Lukaschenkas und als Erfolg der rigiden EU-Politik. Allerdings hatte sich die Freilassung lange angekündigt und erfolgte erst nach einem Gnadengesuch, das beide Gefangenen unter Druck abgegeben hatten. Zudem erhielten sie eine achtjährige Bewährungsstrafe. Sie sind also keineswegs politisch rehabilitiert. Zahlreiche inhaftierte Oppositionelle hingegen mahnten, dass die EU dieses Zeichen nicht überbewerten solle. Trotzdem ließ der Druck aus Brüssel und den anderen Hauptstädten im Frühjahr und Sommer deutlich nach. Spätestens die Angriffe auf Blogger und die Internetszene wenige Wochen vor den Parlamentswahlen, mit Hausdurchsuchungen, Vorladungen und Bespitzelung haben deutlich gemacht, dass Lukaschenka keineswegs von seinem repressiven Kurs abweicht.

So begrüßenswert die Beschlussfassung des Rates ist, haben sich die EU-Einreisebeschränkungen als wenig ergiebig und leicht umgehbar erwiesen. So konnten sie nicht die Teilnahme des belarussischen Innenministers Anatoli Kuljaschou verhindern, der im Januar 2012 an einer Konferenz von Interpol in Lyon teilnahm. Auch die Mitgliedschaft im Nationalen Olympischen Komitee, dem beispielsweise neben Lukaschenka auch die beiden älteren Präsidentensöhne angehören, ist ein möglicher Schlupfwinkel zur Umgehung des Einreiseverbots. Eher symbolisch sind auch die Kontensperrungen im EU-Ausland. Der Rat hat keinerlei Informationen aus den Mitgliedstaaten, wo in welchem Umfang Gelder tatsächlich eingefroren wurden. Die Mitgliedstaaten allein sind für die Umsetzung zuständig und nutzen dafür unterschiedliche Verfahren mit ihren nationalen Banken, geben untereinander keinerlei Informationen weiter und auch keine Rückmeldung nach Brüssel. Eine Koordinierung und Kontrolle über die Effizienz der Maßnahmen erfolgt somit nicht. Einige private Firmen wie die belgische SWIFT zur Abwicklung des innereuropäischen Zahlungsverkehrs sind nicht an die Sperrungen gebunden. Die Skandale bei der Datenübermittlung wie im Falle von Ales Bjaljazki, der Lieferung von Überwachungstechnik für das Internet durch das schwedisch-finnische Staatsunternehmen Teliasonera oder die langjährige Kooperation zwischen deutscher und belarussischer Polizei zeigen außerdem, dass in Brüssel keinerlei Übersicht besteht, in welchen sensiblen Bereichen Kooperationen auf nationaler Ebene bestehen. Die Vorfälle selbst haben die Anstrengungen der EU bei der Zivilgesellschaft in Belarus in Misskredit gebracht.

## Gezielte wirtschaftliche Sanktionen

Fast alle oppositionellen Kräfte und zivilgesellschaftlichen Akteure befürworten deshalb gezielte wirtschaftliche Sanktionen gegen einzelne Mittelsmänner und Privatfirmen, die dem Regime dienen. So gibt es rund ein Dutzend bekannter Strohleute Lukaschenkas, die über Privat- und Scheinfirmen Devisen beschaffen, Exporte und ausländische Investitionen organisieren, deren Erlöse direkt dem unmittelbaren Unterstützerkreis um Lukaschenka zufließen. Diese Firmen profitieren wiederum vom Staat, indem sie Konzessionen in strategischen Sektoren erhalten und bei Ausschreibungen bevorzugt werden. Bisher sind von der EU Juryj Tschysh (Triple Group), Anatolij Ternawskij (Univest) und Wladimir Peftiew (Beltech Holding) mit einer Reihe von Firmen und Tochterfirmen gelistet. Nach Schätzungen gibt es rund 40 Mittelsmänner und Oligarchen, meist ehemalige KGB-Agenten, die für das Regime wichtig sind. Die Beschränkung ihres Handlungsradius in der EU und ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten würden sie selbst, aber auch das Regime empfindlich treffen, die Bevölkerung jedoch verschonen. Solche gezielten Maßnahmen sind der Bevölkerung gut zu vermitteln und gut umsetzbar. In der EU zeigte ebenso der gestiegene öffentliche Druck auf Wirtschaftspartner des Regimes, etwa europäische Banken, die an der Verbreitung von sogenannten belarussischen Eurobonds beteiligt waren, Wirkung. Drei Großbanken (Royal Bank of Scotland, PNB Paribas, Deutsche Bank) stellten im letzten Jahr die Zusammenarbeit mit der Regierung in Minsk ein.

Vielen Experten geht die Listung weiterer Firmen und Mittelsmänner trotzdem nicht weit genug. Mit Neugründungen, Offshore-Firmen, dem Weiterverkauf wie im Fall von Peftiew's Beltechexport oder der Überbrückung im Rahmen der Zollunion über Russland sind die Maßnahmen umgehbar. Auch ist nicht klar, ob die Listung der Unternehmen und Mittelsmänner vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg Bestand hat, da derzeit mehrere Klagen von Peftiew und Ternawskij vor dem Gericht anhängig sind. Deshalb plädieren eine ganze Reihe von NGOs und auch politische Oppositionelle für ein sektorelles Embargo, einige sogar für ein generelles Wirtschaftsembargo.

Sektorelle Sanktionen, wie sie die USA bereits eingeführt haben, müssten vor allem Raffinerien und die ölverarbeitende Industrie, die Düngemittelproduktion, die Stahlproduktion sowie die Textilindustrie treffen, die ganz maßgeblich vom Export in die EU abhängen. Die ist mit 38 % Haupthandelspartner, noch vor Russland (34 %). Verglichen mit dem Vorjahr stieg der Außenhandel zwischen Minsk und den EU-Mitgliedstaaten 2011 um 221 %, danach erneut um 260 %. 2011

konnte Minsk damit – vor dem Hintergrund eines Defizits in der Gesamthandelsbilanz von 9,6 Mrd. US-Dollar – mit der EU einen Handelsbilanzüberschuss von 6 Mrd. US-Dollar verbuchen, für das laufende Jahr wird eine weitere Steigerung erwartet. Zudem haben EU-Banken in den Jahren 2010 und 2011 Geschäfte, Kreditbeschaffungen und Anleiheausgaben im Wert von 1,8 Mrd. Euro organisiert.

Die Glaubwürdigkeit der EU steht auf dem Spiel, wenn sie einerseits umfangreichen Handel vor allem mit großen Staatsfirmen betreibt und damit finanziell indirekt zur Festigung der bestehenden Verhältnisse beiträgt, andererseits aber das Regime mit symbolischen Sanktionen ächtet, ohne dass diese Wirkung zeigen. Ein Exportverbot in den für Minsk wichtigen Bereichen würde das Regime empfindlich treffen, denn rund ein Drittel des Staatshaushalts wird durch diese Exporte gespeist und die EU ist mit Abstand ihr Hauptabnehmer, etwa für Ölprodukte (84 %) im Wert von 12,5 Mrd. US-Dollar im Jahr 2011. Alternative Kunden wie China sind dagegen nur langfristig zu finden.

### Das Für und Wider wirtschaftlicher Sanktionen

Offen ist, welche Folgen eine Ausweitung der Sanktionen auf einzelne Sektoren und Industriezweige hat. Die größte Sorge ist, die Bevölkerung unnötig in Mitleidenschaft zu ziehen, sollten sich die Lebensbedingungen durch die Sanktionen verschlechtern. Kombinate und Staatskonzerne wie etwa der Ölproduzent Belneftechim beschäftigen über 120.000 Mitarbeiter und übernehmen auch soziale Aufgaben wie den Betrieb von Kindergärten und Wohlfahrtseinrichtungen. Bei einem gravierenden Wirtschaftseinbruch würden vermutlich zuerst Sozialleistungen gekürzt, so die Skeptiker. Die Machtelite um Lukaschenka würde die Auswirkungen auf schwächere Teile der Gesellschaft verlagern, die Elite wäre kaum betroffen. Sollte es zu einer erneuten wirtschaftlichen Krise kommen, könnte auch die Auswanderungswelle von jungen gut ausgebildeten Leuten, vor allem nach Russland, rapide zunehmen. Ausgerechnet die EU könnte mit ihren Sanktionsmaßnahmen für eine Beschleunigung dieses schon heute existierenden Brain Drains sorgen. Ein erneuter wirtschaftlicher Niedergang, verbunden mit Arbeitslosigkeit und sinkenden Einkünften könnte Lukaschenka sogar von Nutzen sein, um sein Missmanagement und die eigene schlechte Wirtschaftspolitik hinter den westlichen Sanktionen zu verstecken. Die EU wäre der Sündenbock und ihr Ansehen in der Bevölkerung könnte stark sinken. Außerdem wäre es schwer zu vermitteln, dass einerseits die technische Modernisierung und Anhebung von Standards in Wirtschaft und Industrie im Rahmen der Östlichen

Partnerschaft gefördert werden, gleichzeitig aber die Wirtschaft durch Sanktionen abgewürgt wird. Im Fall von harten Sanktionen, die auch das Finanzwesen und Kapitalflüsse einschließen, ständen bei Engpässen russische Kreditinstitute bereit, wie das jüngste Beispiel von Belruskali zeigt, das von der staatlichen russischen Sberbank einen Kredit über 1 Mrd. US-Dollar erhalten hat. Befürworter von weitreichenden Sanktionen argumentieren dagegen, dass die Bevölkerung schon jetzt unter den Folgen des gravierenden Missmanagements, der Planwirtschaft und korrupten Elite leide. Der Lebensstandard habe sich bereits deutlich verschlechtert, die Inflationsrate stieg Ende 2011 auf 108 %.

Der zukünftige Einfluss Russlands ist für die Kritiker weitreichender wirtschaftlicher Sanktionen die größte Gefahr. Nach der vollständigen Übernahme von Beltransgaz und damit des gesamten Pipelinesystems erwartet Russland weitere Privatisierungen. Diese sind an Kredite von Russland und der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft gekoppelt. So könnten schließlich russische Firmen und Oligarchen zum Zuge kommen, etwa bei der gemeinsamen Holding zwischen dem Lastkraftwagenhersteller MAZ und KAMAZ. Auch im Bankensektor hat Russland strategische Interessen: Schon jetzt werden sieben von 32 belarussischen Banken durch Russen kontrolliert, ebenso Teile der Versicherungsindustrie, Medienfirmen, aber auch wichtige Bereiche wie Milchindustrie, Bau- und Unterhaltungsindustrie. Die weitere Verschärfung im Verhältnis zur EU würde die Preise für Übernahmen drücken, so dass Russen noch schneller und günstiger zum Zuge kommen könnten.

Die nötigen Privatisierungen sind nur mit europäischen Investoren machbar, sagen die Befürworter harter Sanktionen, denn diese sind wesentlich aussichtsreicher, weil sie in vielen Bereichen das nötige Know-How für die dringend notwendige Modernisierung mitbringen. Es sei daher nur eine Frage der Zeit, bis Lukaschenka sich mehr dem Westen öffnen muss. Zumal neue Kredite der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Investitionsbank oder vom IWF nur nach langwierigen Verhandlungen greifbar wären. Die wirtschaftliche Erholung des Landes aber hat absolute Priorität für Lukaschenka, um seine umfangreichen Wahlversprechen einhalten und sein Sozialmodell vom »allfürsorgenden Staat« weiter finanzieren zu können. Zudem ist die direkte russische Einflussnahme auf die belarussische Wirtschaft eine der größten Bedrohungen für das Regime in Minsk. Denn anders als die EU, die den Status und die Eigenständigkeit des Landes nicht infrage stellt, will Russland seinen engsten Nachbarn langfristig wirtschaftlich und politisch eng an sich binden und letztendlich dominieren. Die Eingliederung in den Eurasischen Wirtschaftsraum und

ab 2016 in die Eurasische Union ist bereits beschlossen. Die völlige Aufgabe der wirtschaftlichen Selbstbestimmung kann nicht im Interesse Lukaschenkas sein, weil seine uneingeschränkte Macht damit gefährdet würde.

### **Die Rolle von EU und Mitgliedstaaten sowie weitere Maßnahmen**

Weitere weiche Sanktionen wie Visabeschränkungen, Kontensperrungen, aber auch gezielte Maßnahmen gegen einzelne Personen und Firmen sind sowohl unter den Mitgliedstaaten wie auch bei Experten wenig umstritten, auch das Europaparlament hat sich mehrfach dafür ausgesprochen. Sie gelten als deutlicher Hinweis an die verantwortlichen Eliten, dass die EU aufmerksam bleibt und bereit ist weitere Schritte zu unternehmen. Zudem wären weitere konzertierte diplomatische Aktionen, etwa der dauerhafte Rückzug der EU-Botschafter oder die Ausweisung der belarussischen Botschafter – immerhin sind sie ein wichtiges Sprachrohr und Lobbyisten Lukaschenkas – denkbar, sollte es zu einer weiteren Eskalation kommen. Ein Einfrieren der technischen Zusammenarbeit bei Annäherung an EU-Standards im Rahmen der Östlichen Partnerschaft stößt bei den meisten Experten und NGOs eher auf Ablehnung.

Die mögliche Wirkung harter wirtschaftlicher Sanktionen hingegen ist höchst umstritten und wurde im Rat kaum diskutiert. Bei der letzten Außenministerrunde, die sich im März 2012 mit Belarus beschäftigte, war es nur nach schwierigen Verhandlungen möglich, sich auf wenige gezielte wirtschaftliche Sanktionen und eine verbindliche Liste von 32 Unternehmen festzulegen. Dabei wurde allerlei nationalen Interessen Rechnung getragen und einige wichtige Tochterfirmen der drei Oligarchen kamen nicht auf die Liste. Vor allem Slowenien und Lettland lobbyierten heftig, damit mehrere Firmen von Pef-tiew, die unter anderem zusammen mit der slowenischen Riko Group verschiedene Bauprojekte betreiben, nicht auf die Sanktionsliste gesetzt wurden. Lettland hatte Slowenien dabei unterstützt, auch weil die eigene Wirtschaft eng mit den belarussischen Oligarchen, vor allem Jurij Tschysh, verbunden ist. Selbst Deutschland verhielt sich zögerlich und plädierte sogar für eine weitere Ausnahme.

Im Oktober werden die Außenminister über die Verlängerung und Ausweitung der Sanktionen gegen das Regime von Aljaksandr Lukaschenka beraten. Die Diskussion um weitere Oligarchen und Firmen für eine Sperrliste wird zu heftigen Diskussionen unter den Mitgliedstaaten führen. Eine komplette Sperrung einiger Sektoren wie Öl und Gas ist derzeit praktisch unwahrscheinlich. Hier zeigt sich ein eklatanter Schwachpunkt der EU. Sanktionen werden nicht nach festen eher technischen Kriterien beschlossen, sondern erfolgen vor allem nach kurzfristigen und politisch opportunen Gesichtspunkten.

Das Europaparlament hat diesen Missstand angeprangert und Anfang des Jahres konkrete Empfehlungen abgegeben, wie konsistente und kohärente Richtlinien und eindeutige Kriterien festzulegen seien.

Wenig umstritten ist auch, dass die EU den mehrgleisigen Ansatz aus Sanktionen gegen das Regime, technischem Dialog mit Beamten und Unterstützung der Bevölkerung fortsetzen und ausbauen muss. Auf internationalem Parkett wird die EU versuchen, einen möglichst hohen Druck auf das Regime aufrechtzuerhalten, etwa im UN-Menschenrechtsrat, bei der OSZE aber auch beim IWF und der Weltbank. Nach den letzten Entwicklungen in Russland, der dortigen Unterdrückung der Opposition und Zivilgesellschaft sowie der russischen Haltung in der Syrienfrage fällt Moskau leider als möglicher Partner der EU und wichtiger Einflussnehmer auf Belarus aus.

Unterhalb des engen Machtzirkels des Präsidenten gibt es aber eine Vielzahl von europäisch-westlich interessierten und versierten Funktionsträgern innerhalb der Elite, zu denen der Kontakt nicht abreißen darf. Um die Verbindung zur Bevölkerung auszubauen, muss die EU jedoch andere Kanäle nutzen. Foren wie das Zivilgesellschaftliche Forum der Östlichen Partnerschaft und der bisher leider nur in Ansätzen erkennbare Modernisierungsdialo g müssen fortgesetzt und die finanzielle Unterstützung durch das Menschenrechtsinstrument, den neu geschaffenen Demokratiefonds oder die Zivilgesellschaftsfazilität im Rahmen der Nachbarschaftspolitik intensiviert werden. Wichtig ist auch eine verbesserte Kommunikation in das Land hinein, um die Werte und Angebote der EU effektiver zu vermitteln, damit auch die Menschen in Belarus die Handlungsmotive der EU besser verstehen. Dazu zählen auch Schulungen, Seminare, Ausbildungsprogramme und der Austausch von und mit Belarussen. Ein extrem wichtiges Signal wäre die einheitliche und einseitige Erleichterung der Visa ausstellung ohne Gebühr, Mehrfachvisa oder Ausnahmeregelungen für bestimmte Gruppen.

Trotz der Drohung von harten Sanktionen sind Zugeständnisse und Reformen kurzfristig nicht zu erwarten. Lukaschenka sitzt im Spätsommer 2012 wieder fest im Sattel und er hat gelernt, mit der schwierigen wirtschaftlichen Situation umzugehen und die politische Unzufriedenheit rigoros zu unterdrücken. Der internationale Druck und die Hilfe von außen können allenfalls begrenzt wirken. Sie sind nicht mehr als eine Hilfestellung, ein Katalysator, um die Veränderungen aus dem Innern zu unterstützen. Die Zersplitterung der politischen Opposition und die Vielzahl an unterschiedlichen Sichtweisen in der Zivilgesellschaft sind hierfür jedoch keine guten Voraussetzungen.

*Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.*

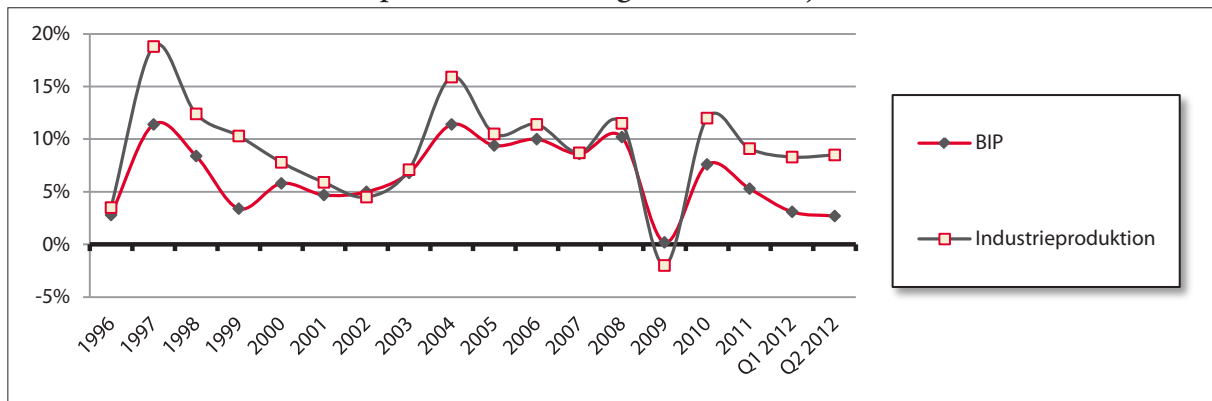
*Über den Autor:*

Thomas Vogel M.A. ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und parlamentarischer Assistent von Werner Schulz MdEP u. a. im Auswärtigen Ausschuss und der parlamentarischen Versammlung EURONEST.

*Lesetipps:*

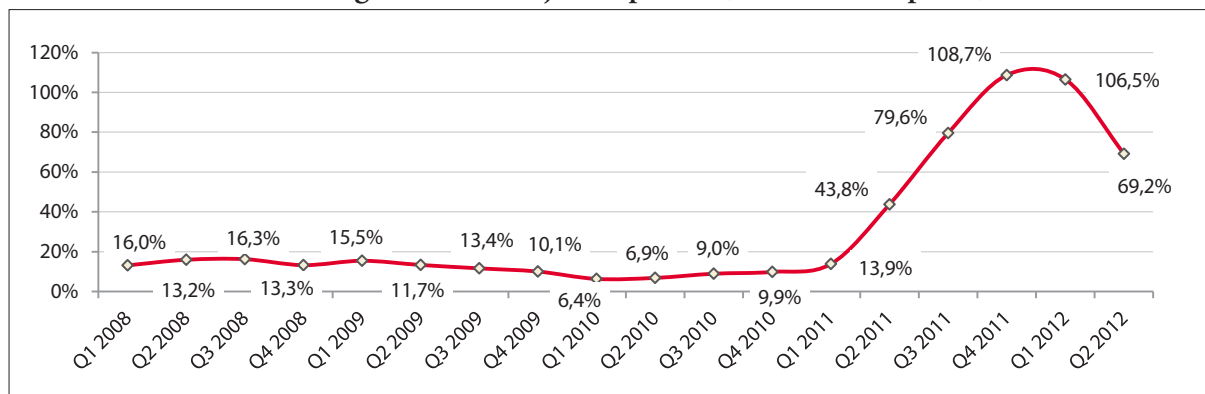
- Korosteleva, Julia: Impact of targeted sanctions on Belarus, Brüssel 2012, <http://www.europarl.europa.eu/committees/fr/studiesdownload.html?languageDocument=EN&file=73753>
- Committee on International Control over the Human Rights Situation in Belarus: International support for the democratic future of Belarus, 2011, [http://hrwatch-by.org/sites/default/files/CIC\\_new\\_Belarus\\_report\\_Jan%202012\\_eng.pdf](http://hrwatch-by.org/sites/default/files/CIC_new_Belarus_report_Jan%202012_eng.pdf)
- Europäischer Rat: DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS 2012/171/GASP DES RATES vom 23. März 2012 zur Durchführung des Beschlusses 2010/639/GASP über restriktive Maßnahmen gegen Belarus, Brüssel 2012, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:087:0095:0102:DE:PDF>
- Europäisches Parlament: Bericht mit einem Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Parlaments an den Rat zu einer kohärenten Politik gegenüber Regimen, gegen die die EU restriktive Maßnahmen anwendet, wenn deren Machthaber ihre persönlichen und kommerziellen Interessen innerhalb der Grenzen der EU verfolgen, Straßburg/Brüssel 2012, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2012-0007+0+DOC+XML+V0//DE>
- External Action Service: What the European Union could bring to Belarus, 2006, [http://www.eeas.europa.eu/delegations/belarus/documents/eu\\_belarus\\_non\\_paper\\_1106.pdf](http://www.eeas.europa.eu/delegations/belarus/documents/eu_belarus_non_paper_1106.pdf)
- Schulz, Werner / Vogel, Thomas: Nachbarschaftspolitik auf dem Prüfstand. Das Verhältnis zwischen EU und seinen östlichen Nachbarn neu justieren, November 2011, [http://www.werner-schulz-europa.eu/images/2012/pdf/Nachbarschaftspolitik\\_auf\\_dem\\_Prfstand\\_2011.pdf](http://www.werner-schulz-europa.eu/images/2012/pdf/Nachbarschaftspolitik_auf_dem_Prfstand_2011.pdf)

## TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

**Aktuelle Wirtschaftsdaten****Grafik 1: BIP und Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahr**

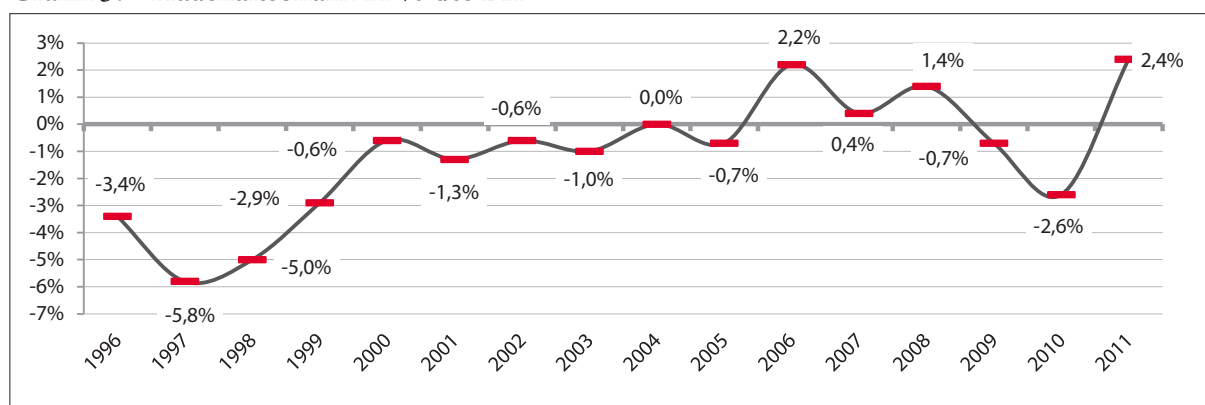
Quelle: *Belarussian Monthly Economic Review*, <http://research.by/eng/bmer/> und *Makroekonomitscheskij prognos*, <http://research.by/rus/bmf/> und *Nationales Statistikamt*, [www.belstat.gov.by](http://www.belstat.gov.by)

**Grafik 2: Inflation im Vergleich zum Vorjahresquartal (Konsumentenpreise)**



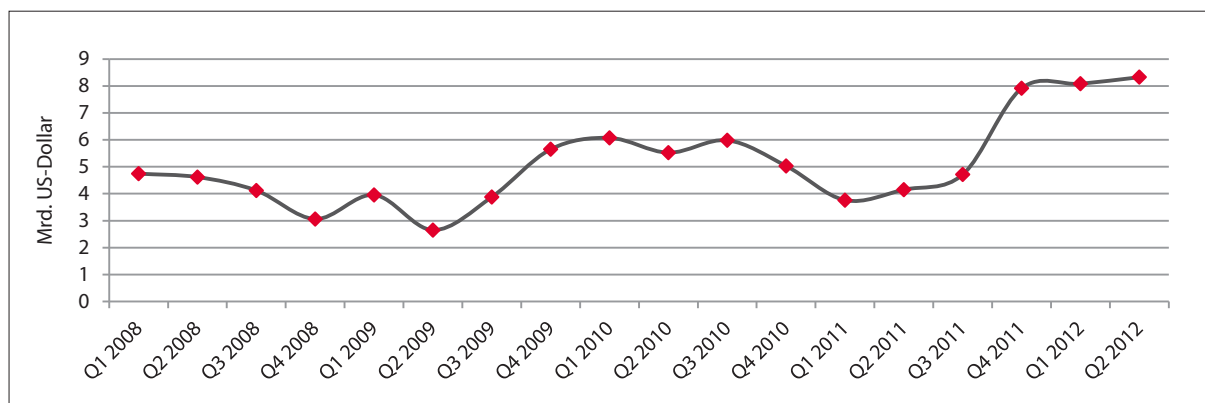
Quelle: *Belarussian Monthly Economic Review*, <http://research.by/eng/bmer/>

**Grafik 3: Haushaltsbilanz in % des BIP**



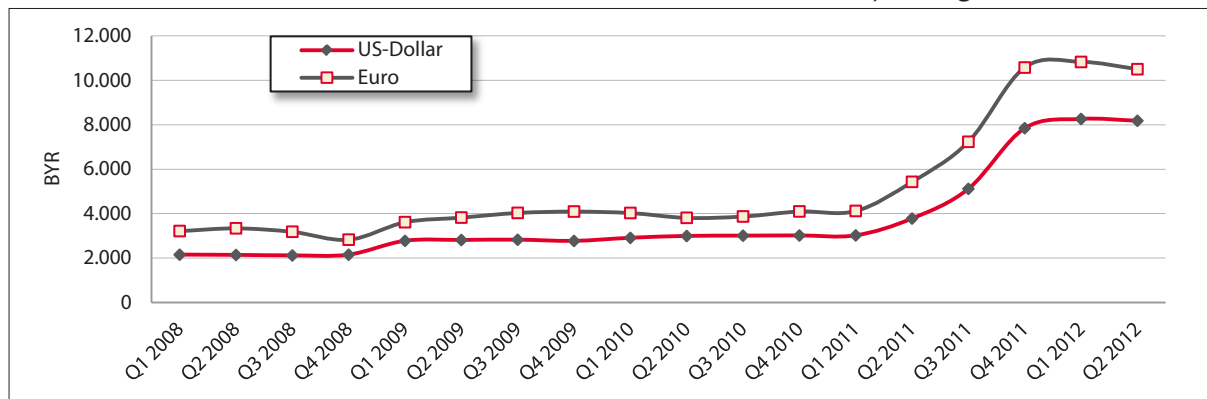
Quelle: *Belarussian Monthly Economic Review*, <http://research.by/eng/bmer/>

**Grafik 4: Devisenreserven in Mrd. US-Dollar**



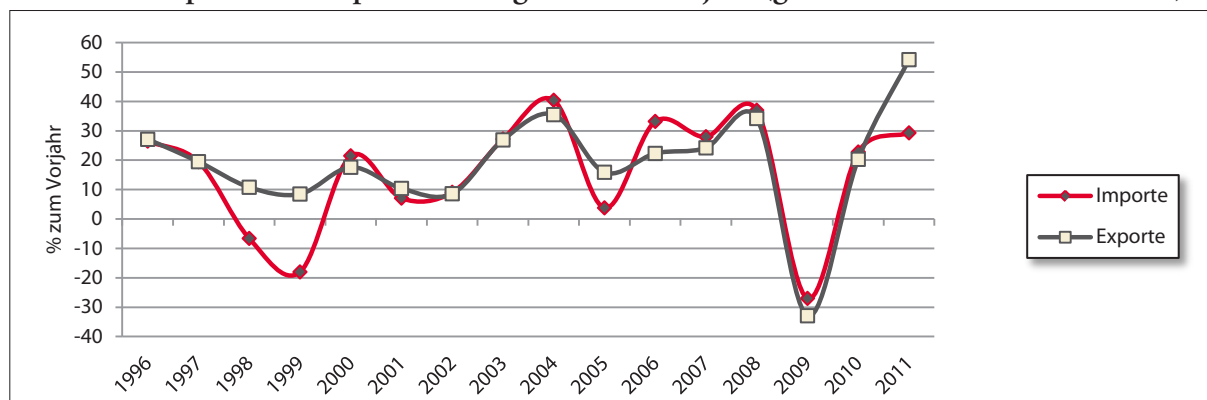
Quelle: *Belarussian Monthly Economic Review*, <http://research.by/eng/bmer/> und Nationalbank, [www.nbrb.by](http://www.nbrb.by)

**Grafik 5: Wechselkurs (offizieller Kurs, Durchschnittswert für das jeweilige Quartal)**



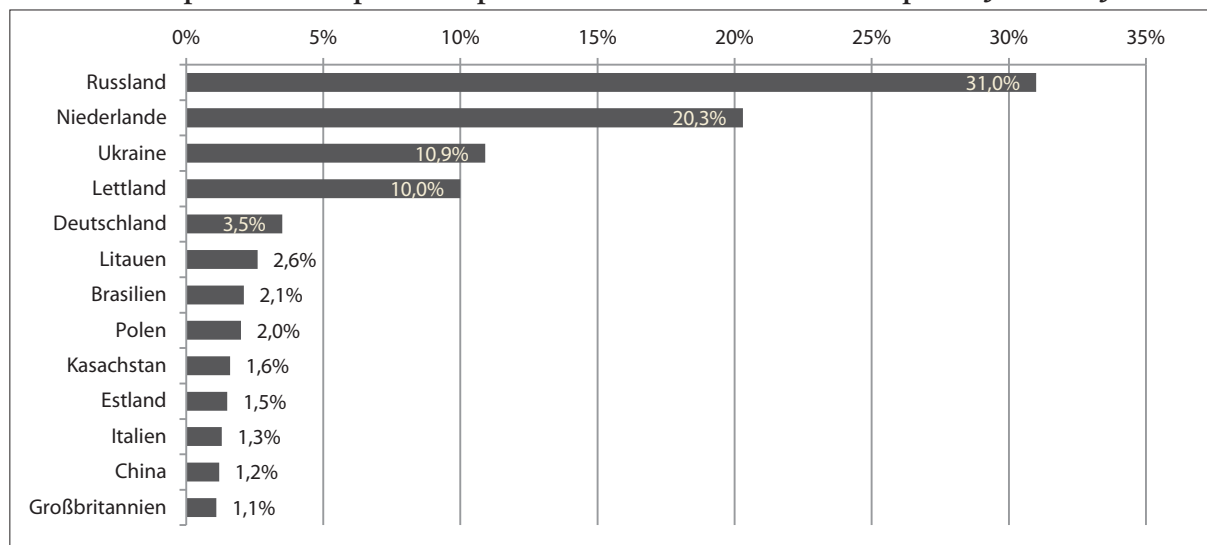
Quelle: *Belarussian Monthly Economic Review*, <http://research.by/eng/bmer/> und *Belarussische Nationalbank*, <http://www.nbrb.by/statistics/Rates/AvgRate/>

**Grafik 6: Importe und Exporte im Vergleich zum Vorjahr (gemessen in Mio. US-Dollar, %)**



Quelle: *Belarussian Monthly Economic Review*, <http://research.by/eng/bmer/> und *Nationales Statistkamt*, [www.belstat.gov.by](http://www.belstat.gov.by)

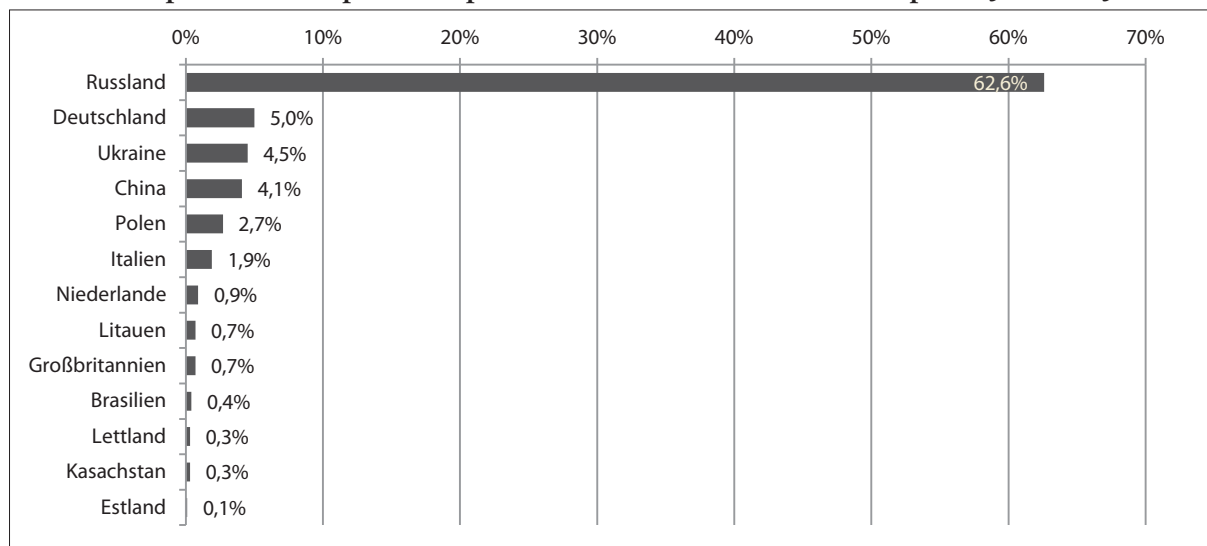
**Grafik 7: Exporte an Haupthandelspartnerländer in % der Gesamtexporte, Januar – Juli 2012**



Quelle: *Nationales Statistkomitee der Republik Belarus*, <http://belstat.gov.by/homep/ru/indicators/main1.php>

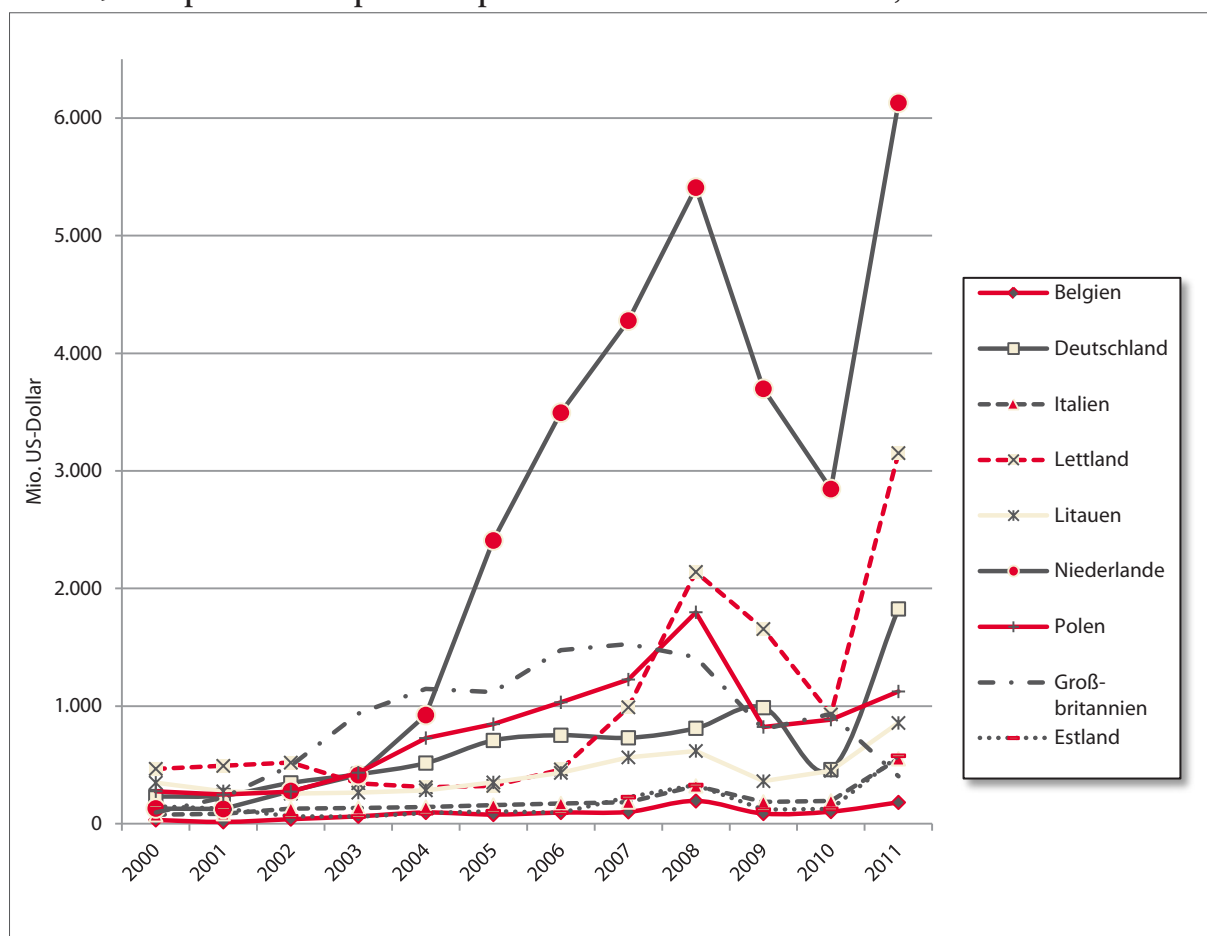


**Grafik 8: Importe aus Haupthandelspartnerländern in % der Gesamtimporte, Januar – Juli 2012**



Quelle: Nationales Statistikkomitee der Republik Belarus, <http://belstat.gov.by/homep/ru/indicators/main1.php>

**Grafik 9: Exporte an Haupthandelspartnerländer in Mio. US-Dollar, 2000–2011**



Quelle: Nationales Statistikkomitee der Republik Belarus, <http://belstat.gov.by/homep/ru/indicators/frade1.php>

## Parlamentswahlen in Belarus 2012: Wähler ohne Wahl – Wahl ohne Wähler

Von Adam Busuleanu und Stefanie Schiffer, Berlin

### Zusammenfassung

Am 23. September 2012 fanden in Belarus Parlamentswahlen statt. Die Wahlen, die Beobachter als die langweiligsten und düstersten der Lukaschenka-Zeit bezeichneten, offenbarten die tiefe Krise, in der sich sowohl das Regime als auch die belarussische Opposition befinden. Nachdem eine Woche vor dem Wahltag Teile der Opposition den Rückzug ihrer Kandidaten erklärten und zum Boykott der Wahlen aufriefen, beteiligten sich nur noch 313 Kandidaten an der Wahl um die 110 Sitze des weitgehend einflusslosen Repräsentantenhauses. Einheimische und internationale Wahlbeobachter belegen Verstöße gegen das belarussische Wahlgesetz sowie gegen internationale Verpflichtungen bei allen zentralen Etappen des Wahlprozesses – von der Zusammenstellung der Wahlkommissionen bis zur Stimmauszählung am Wahltag. Die Wahlbeteiligung, die offiziell mit 74,2 % angegeben wird, dürfte nach Schätzungen von Wahlbeobachtern real um 10–15 % niedriger gewesen sein. Geringe Wahlbeteiligung und soziologische Umfrageergebnisse lassen auf sinkendes Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung und eine wachsende Isolation der illegitimen staatlichen Elite von der Gesellschaft schließen.

### Einleitung

Die Wahlen fanden in einem Klima innenpolitischer Repressionen und außenpolitischer Isolation des Landes statt, die seit der Niederschlagung der Proteste gegen die manipulierten Präsidentschaftswahlen im Dezember 2010 zugenommen hatten. Heute befinden sich noch 14 politische Gefangene – unter ihnen der ehemalige Präsidentschaftskandidat Mikalaj Statkewitsch und der Menschenrechtler und Wahlbeobachter Ales Bjaljazki – in Haft. Das brutale Vorgehen der belarussischen Staatsmacht gegen die neun ehemaligen Präsidentschaftskandidaten und ihre Mitarbeiter und Stäbe hat zu einer weiteren Schwächung der politischen Opposition des Landes geführt, die sich auch auf den Prozess der Parlamentswahlen ausgewirkt hat. So konnten populäre Oppositionspolitiker wie Mikalaj Statkewitsch oder Ales Michalewitsch an den Wahlen nicht teilnehmen, weil sie in Haft (Statkewitsch) oder im Exil (Michalewitsch) sind. Die Kandidatur von Aljaksandr Milinkewitsch und anderen populären Oppositionellen wurde auf Grund von angeblichen Formfehlern nicht angenommen. Die unkoordinierte Haltung der Opposition zur Frage eines Boykotts der Wahlen hat dazu geführt, dass eine Wahlbeteiligung von deutlich unter 50 %, die Neuwahlen erforderlich gemacht hätte, nicht erreicht werden konnte, wengleich Wahlbeobachter eine wesentlich niedrigere Wahlbeteiligung als die von der Zentralen Wahlkommission veröffentlichten 74,2 % notierten. In der Hauptstadt Minsk, wo die offizielle Wahlbeteiligung mit 59,2 % angegeben wurde, haben nach unabhängigen Schätzungen nur ca. 30 % der Wahlberechtigten an den Wahlen teilgenommen.

### Wahlgesetz – alter Wein in neuen Schläuchen

Die Parlamentswahlen wurden erstmals auf Grundlage des Wahlgesetzes in seiner revidierten und liberalisier-

ten Redaktion vom 4. Januar 2010 durchgeführt. Die Erfahrungen mit der Anwendung des neuen Wahlgesetzes bei den Kommunalwahlen 2010 und insbesondere während der Präsidentschaftswahlen 2010 zeigten jedoch bereits, dass die Änderungen des Wahlgesetzbuches schon im Jahr 2010 nicht zur Durchführung freier und fairer Wahlen beigetragen haben. Die Neuerungen beinhalteten unter anderem erweiterte Wahlkampfmöglichkeiten. Kandidaten und Kandidatinnen konnten nun Straßenstände zur Sammlung von Unterstützerunterschriften errichten. Auch bestand nun die Möglichkeit, individuelle Wahlkampffonds einzurichten und es konnten Debatten zwischen den Kandidaten veranstaltet werden. Im Gegensatz zu den Präsidentschaftswahlen wurden diese Debatten allerdings nicht mehr in Direktzeit sondern nur mehr als Aufzeichnung im staatlichen Fernsehen ausgestrahlt. Zudem wurden Quoten für die Vertretung von politischen Parteien und gesellschaftlichen Vereinigungen in den Wahlkommissionen eingerichtet. Auch diese Neuerung wurde allerdings nur äußerst eingeschränkt umgesetzt (s.u.).

Das geflügelte Wort des russischen Satirikers Saltykow-Schtschedrins »Die außerordentliche Härte der russischen Gesetze wird dadurch gemildert, dass ihre Umsetzung nicht obligatorisch ist«, kann hier gewendet werden in »Die Liberalität des belarussischen Wahlgesetzes wird dadurch erheblich relativiert, dass es keine Anwendung findet.«

Die Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Lidsija Jarmoschyna, die als Verantwortliche für die Manipulationen bei den vergangenen Wahlen in Belarus seit 2006 von der EU mit einem Visabann belegt ist, wurde im Dezember 2011 erneut als Leiterin der Zentralen Wahlkommission bestätigt, obwohl sie die Altersgrenze für den Staatsdienst bereits erreicht hatte. Diese Ernennung ließ darauf schließen, dass trotz des liberalen-

ren Wahlgesetzes wesentliche Verfahren der Wahlorganisation und Manipulation nicht revidiert werden sollten. Eine Einschätzung, die sich im Verlauf der Wahlen bestätigt hat. Auch im Strafrecht blieben wesentliche von internationalen und einheimischen Experten seit langem kritisierte Elemente erhalten: Die strafrechtliche Verantwortung für die Betätigung im Rahmen einer nicht registrierten gesellschaftlichen Vereinigung, religiösen Organisation oder politischen Partei, ebenso die Strafbarkeit der Verleumdung oder Beleidigung des Präsidenten oder anderer Amtsträger des Staates. Zudem wurden im Vorfeld der Parlamentswahlen die Kompetenzen des KGB gesetzlich erweitert, die Durchführung soziologischer Umfragen wurde gesetzlich reglementiert und an behördliche Genehmigungen der einzelnen Umfragen gebunden.

### **Wahlkommissionen – Wer fürchtet sich vor wem?**

In § 34 des 2010 revidierten Wahlgesetzes wird darauf verwiesen, dass die Kommissionen in der Regel zu einem Drittel mit Vertretern politischer Parteien und anderer gesellschaftlicher Vereinigungen besetzt werden sollen. Damit wurde eine ständige Forderung der Venedigkommission des Europarats zumindest formal erfüllt. Allerdings wurden weder klare Kriterien für die Auswahl der Mitglieder festgelegt noch wurde die Einklagbarkeit der Zusammensetzung der Wahlkreiskommissionen ausreichend geregelt.

Am 9. Juli 2012 wurden auf der Wahlkreisebene 110 Wahlkommissionen mit jeweils 13 Mitgliedern zusammengestellt. Von den 2.127 nominierten Anwärtern wurden 1.430 zu Kommissionsmitgliedern ernannt. Während von den 199 durch die Oppositionsparteien nominierten Kandidaten nur 48 (24 %) Mitglieder in den Wahlkommissionen geworden sind, wurden beispielsweise 106 (90,6 %) der 117 von der regimeloyalen Organisation »Belaja Rus« nominierten Anwärter Kommissionsmitglieder.

Die Wahlkommissionen auf der Wahlkreisebene bestanden schließlich vorwiegend aus Vertretern regierungsfreundlicher Organisationen wie des Gewerkschaftsverbandes von Belarus, des Belarussischen Republikanischen Jugendverbandes, der gesellschaftlichen Organisation »Belaja Rus« und der Belarussischen Gesellschaftlichen Vereinigung der Veteranen. Die Bildung der Wahlkreiskommissionen erfolgte unter der Kontrolle der Exekutivorgane und ohne eine öffentliche Diskussion über die nominierten Anwärter. Die Vertreter der Opposition stellten mit 3,3 % einen unbedeutenden Teil der Kommissionsmitglieder auf Wahlkreisebene. Noch extremer stellt sich das Bild auf der Ebene der untergeordneten Wahllokalkommissionen

dar. Die Wahllokalkommissionen sind unmittelbar für die Durchführung der Wahlen im Wahllokal – einschließlich der vorfristigen Stimmabgabe, der Abstimmung mit mobilen Urnen, der Ausgabe der Stimmzettel und der Stimmauszählung zuständig. Die Zusammensetzung dieser Wahllokalkommissionen ist für die Qualität der Wahlen somit von höchster Bedeutung. Vom 6. bis zum 8. August sind durch Beschlüsse der Lokalverwaltungen, Kreis- und Stadtexekutivkomitees 6.301 Wahlkommissionen mit insgesamt 68.945 Mitgliedern gebildet worden. Die Wahlkommissionen wurden aus Vertretern zusammengesetzt, die bis zum 5. August durch politische Parteien, gesellschaftliche Vereinigungen sowie durch Betriebsbelegschaften und durch wahlberechtigte Bürger auf der Grundlage von Unterschriftensammlungen nominiert worden waren. Im Vergleich zu 2010 hat sich die Aktivität der Oppositionsparteien bei der Aufstellung von Kandidaten für die Wahllokalkommissionen weiter verringert. Bei den Präsidentschaftswahlen 2010 hatten die Oppositionsparteien mit 1.073 Nominierungen immerhin noch 1,3 % aller Nominierungen verantwortet. Bei den Parlamentswahlen entsprachen die 664 Nominierungen durch die fünf Oppositionsparteien nur rund 0,8 % aller Anwärter. Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission hat die Belarussische Partei der Linken »Gerechte Welt« 216 Personen nominiert, die Belarussische Sozialdemokratische Partei (»Hramada«) 30, die Vereinigte Bürgerpartei (OGP) 240, die PBNF 158 und die Belarussische Partei »Die Grünen« 20. Der Anteil der oppositionellen Aktivisten, die über politische Parteien und gesellschaftliche Vereinigungen nominiert wurden, betrug 2012 zusammengenommen nur 1,8 % gegenüber 3,2 % im Jahr 2010. Von den 664 Kandidaten der Oppositionsparteien für die Wahllokalkommissionen wurden schließlich nur 61 Personen registriert, somit waren sie während der Parlamentswahlen 2012 in den Wahlkommissionen der Wahllokale lediglich mit rund 0,1 % der Kommissionsmitglieder (61 von 68.945) und insgesamt in weniger als 1 % der Kommissionen vertreten. Dies schloss die Opponenten der Regierung von der Organisation der Stimmabgabe und der Auszählung der Stimmen faktisch aus und beraubte sie der Möglichkeit, auf die Arbeit der Wahlkommissionen Einfluss zu nehmen und sie zu kontrollieren.

Bei der Zusammenstellung der Wahlkreiskommissionen zeigt sich die erwähnte Krise des politischen Systems in Belarus wie im Brennglas – eine Opposition, die landesweit nur noch einige hundert Mutige mobilisieren kann, die sich ungeachtet des Drucks des Regimes zu dieser ebenso wichtigen wie undankbaren Aufgabe bereit erklären – und ein Regime, das entgegen der nach außen verkündeten Omnipotenz selbst diese geringe

Zahl von Kandidaten auf einen kläglichen Rest von 61 (gegenüber fast 70.000 Linientreuen) zurückschneidet. Es stellt sich die Frage, wer sich vor wem mehr fürchten muss.

### **Überproportionale Ablehnung der Registrierung unabhängiger Kandidaten**

Auch bei der Registrierung der Kandidaten ging die Zentrale Wahlkommission kein Risiko ein. Neben der erwähnten Ablehnung der Kandidaturen des exilierten Politikers Ales Michalewitsch und des inhaftierten Mikalaj Statkewitsch, der noch aus der Haft seine Kandidatur bei mehreren Wahlkommissionen einreichte, wurde weiteren populären Politikern wie dem Leiter der Bewegung »Für die Freiheit« Aljaksandr Milinkewitsch, dem Jugendaktivist Artur Finkewitsch oder dem oppositionellen Kandidaten Michail Paschkewitsch von der Kampagne »Sprich die Wahrheit«, der in dem Minsker Wahlkreis kandidierte, in dem die Stimmen der im Ausland wählenden Belarussen gezählt werden, die Registrierung aus formalen Gründen verweigert.

Insgesamt wurde von den 494 landesweit aufgestellten Kandidaten 122 Personen (24,6 %) die Registrierung verweigert. Von den 128 Kandidaten der oppositionellen Parteien wurden 25 (19,5 %) nicht registriert. Die höchste Ablehnungsquote (56 %) hatten die Kandidaten, die über Unterschriftensammlungen nominiert worden waren. Der Weg über die Nominierung durch Unterschriftenlisten wird traditionell von Kandidaten von nicht offiziell registrierten politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen eingeschlagen. So hat die Kampagne »Sprich die Wahrheit« 25 Kandidaten nominiert, von denen 13 (48 %) registriert wurden. Die am häufigsten von den Wahlkreiskommissionen angeführten Begründungen zur Ablehnung der Registrierung waren inkorrekte Unterschriften auf den Unterschriftenblättern und Fehler bei den Einkommens- und Vermögenserklärungen. Die Wahlbeobachter der Initiative »Menschenrechtler für Freie Wahlen« weisen darauf hin, dass die Objektivität der Entscheidungen der Wahlkreiskommissionen durch mangelnde Transparenz bei der Verifizierung der Unterschriftenlisten und durch die Tatsache, dass die meisten Wahlbeobachter diese Prozedur nicht beobachten konnten, nicht bestätigt werden kann.

### **Zwang zur vorfristigen Stimmabgabe**

Wie bei früheren Wahlen wurden auch bei den Parlamentswahlen 2012 Bürgerinnen und Bürger massenhaft zur vorfristigen Stimmabgabe gedrängt. Solchem Druck sind Lohnabhängige, Studierende und Wehrpflichtige, die sich in direkter materieller Abhängigkeit vom Staat befinden, in besonderem Maße ausgesetzt. Die »Men-

schenrechtler für Freie Wahlen« haben in 16,8 % der beobachteten Wahllokale Fälle von Zwang zu vorfristiger Abstimmung beobachtet. Indizien für die erzwungene Teilnahme an der vorfristigen Stimmabgabe waren die Bitte von Wählern an die Wahlkommission um eine schriftliche Bestätigung, dass an der Wahl teilgenommen wurde, der Transport von Gruppen von Wählern zu den Wahllokalen oder Fälle, wo Mitglieder der Wahlkommissionen an die lokalen Behörden über die Teilnahme von bestimmten Wählergruppen Bericht erstattet haben. Die Phase der vorfristigen Stimmabgabe wurde nach Angaben unabhängiger Wahlbeobachter auch zur Manipulierung der Wahlbeteiligung genutzt: Die Auswertung von 719 Protokollen von unabhängigen Wahlbeobachtern während der fünf Tage der vorfristigen Stimmabgabe ergab eine Differenz von 10,4 % zwischen der Anzahl der Wählerinnen und Wähler, die nach den offiziellen Protokollen der Wahlkommissionen an der Wahl teilgenommen haben und den von den Wahlbeobachtern gezählten Wählern (78.763 Wählerinnen und Wähler nach den Protokollen der Wahlkommissionen vs. 70.564 laut Angaben der Wahlbeobachter). Der Versuch, die Wahlbeteiligung durch Manipulation der Wahlprotokolle, durch organisiertes Mehrfachwählen (sog »Karussellwähler«, eine Methode, die von den vergangenen russischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen dieses Jahr erstmals in Belarus übernommen wurde) oder den Einwurf von Stimmzetteln zu erhöhen, wurde von den Wahlbeobachtern auch am Wahltag verstärkt beobachtet.

### **Wahltag und Stimmauszählung – auch hier: Keine Experimente**

Der Verlauf der Stimmauszählung unterschied sich nicht wesentlich von den vorangegangenen Wahlen. 71,6 % der unabhängigen Wahlbeobachter gaben an, dass die Stimmauszählung nicht transparent war und dass sie die Auszählung selbst nicht beobachten konnten, 78 % der Beobachter konnten die Stimmauszählung nicht von einem von ihnen selbst gewählten Platz aus beobachten. »Die Intransparenz der Stimmauszählung macht es unmöglich zu bestätigen, dass die Wahlen den Willen des belarussischen Volkes wiedergeben« bemerken die »Menschenrechtler für Freie Wahlen« in ihrem vorläufigen Abschlussbericht. Die Differenz zwischen der Anzahl der Wähler wie sie von den Wahlkommissionen protokolliert wurden und der Zahl, die die Wahlbeobachter registriert haben, stieg am Wahltag gegenüber der vorfristigen Stimmabgabe von 10,4 % auf 18,8 %. Es muss daher davon ausgegangen werden, dass ohne Manipulation in einigen der 110 Einerwahlkreise nicht die erforderlichen 50 % Wahlbeteiligung zustande gekommen wären und eine Wiederholung der Wahlen dort

hätte durchgeführt werden müssen. Diese Einschätzung entspricht den Ergebnissen der Juni-Umfrage von IISEPS, wo die Frage »Werden Sie an den bevorstehenden Parlamentswahlen teilnehmen?« lediglich von 50,7 % der Befragten bejaht wurde (s. Grafik 3).

### **Unrechtsbewusstsein und Bereitschaft zu zivilgesellschaftlichem Engagement**

Das belarussische Regime kann mit den Ergebnissen des 23. September vordergründig zufrieden sein: eine vorzeigbare Wahlbeteiligung von über 70 %, keine oppositionellen Kandidaten im Parlament und keine Straßenproteste gegen die manipulierten Wahlen. Die Opposition konnte sich in der Frage des Wahlboykotts nicht auf eine Strategie einigen und sieht sich dem Spott des Präsidenten ausgesetzt, der Westen beklagt die Wahlfälschungen und ist dennoch machtlos.

Dass sich hinter dieser beruhigenden Kulisse jedoch eine allmähliche Abwendung der Bevölkerung von den staatlichen Institutionen und ein wachsender Überdruß gegenüber den erstarrten Autoritäten verbergen könnten, darauf deuten neben der für belarussische Verhältnisse relativ niedrigen realen Wahlbeteiligung auch die soziologischen Umfragen von IISEPS vom Juni 2012 hin. Nur noch 36,8 % der Befragten gaben an, dass sie faire und freie Parlamentswahlen erwarten (gegenüber 49,8 % im September 2008), 39,6 % erwarteten keine freien und fairen Wahlen (2008: 30,1 %, s. Grafiken). Auf die Frage von wem sie gerne Informationen über die Einhaltung der Wahlprozeduren erhalten würden antworteten 37,7 % »von unabhängigen Wahlbeobachtern« gegenüber 6,9 % »von Wahlbeobachtern der Organisationen, die von der Regierung unterstützt werden«. Falls es zu Verstößen gegen Wahlprozeduren oder Fälschungen kommt verlangten 46,2 % dass »die Verantwortlichen mit aller Härte des Gesetzes bestraft werden müssen«, 26 % verlangten, dass die Öffentlichkeit über die Taten der Verantwortlichen informiert werden müsse. Nur 15,9 % hielten »eine Bestrafung für zwecklos, da alles bereits entschieden sei und das Ergebnis feststeht«. Immerhin 22,7 % der Befragten gaben an, bereit zu sein, sich selbst an Wahlbeobachtungen zu beteiligen. Selbst wenn wir nüchtern berücksichtigen, dass es etwas anderes ist, bei einer Umfrage Bereitschaft zu einer zivilgesellschaftlichen Aktivität anzugeben oder im Ernstfall dann auch tatsächlich aktiv zu werden, so lassen diese Daten doch auf ein erhebliches Potential an zivilgesellschaft-

licher Aktivität, auf ein deutliches Unrechtsbewusstsein und ein Verlangen nach Gerechtigkeit und Fairness unter der belarussischen Bevölkerung schließen. Dass es der Koalition »Menschenrechtler für Freie Wahlen« und den Oppositionsparteien von Wahl zu Wahl gelingt, mehrere Hundert Aktivistinnen und Aktivisten für die Beobachtung des Wahlprozesses zu motivieren, ist ebenfalls keine Selbstverständlichkeit und verdient Anerkennung. Die einheimischen Wahlbeobachter haben gemeinsam über 500 Klagen zu Regelverstößen während der Parlamentswahlen eingereicht, von denen keiner einzigen stattgegeben wurde. Mit der Formulierung von Klagen tragen die Wahlbeobachter über die empirischen Beobachtungen hinaus zur juristisch fixierten Dokumentation der Regelverstöße bei und zwingen die Wahlkommissionen und Gerichte sich gegenüber den Einwänden der Zivilgesellschaft zu positionieren. Neben der Wahlbeobachtung der Parteien und der Koalition »Menschenrechtler für Freie Wahlen« haben an diesen Wahlen das Internetprojekt [electby.org](http://electby.org) und die von der European Humanities University in Vilnius initiierte Gruppe »Election Observation Theory and Practise« (EOTP) Wahlbeobachtung ausgeübt. Eine Gruppe im Ausland lebender Belarussen hat in Zusammenarbeit mit den »Menschenrechtlern für Freie Wahlen« und dem Europäischen Austausch die Beobachtung der Stimmabgabe in den belarussischen Botschaften in Kiew, Moskau, Tallin, Bern, Berlin, Paris, Peking, Vilnius, Budapest, Prag und Warschau vorbereitet. Die Beobachtung in den belarussischen Botschaften wurde am 22. September mit einer sehr eigenwilligen Interpretation des belarussischen Wahlgesetzes untersagt, die Mitglieder der Gruppe EOTP wurden am 24. September in Minsk für mehrere Stunden festgenommen. Dass das Gerechtigkeitsbewusstsein der belarussischen Bevölkerung auf Dauer mit solchen Einschüchterungen unterdrückt werden kann, muss bezweifelt werden.

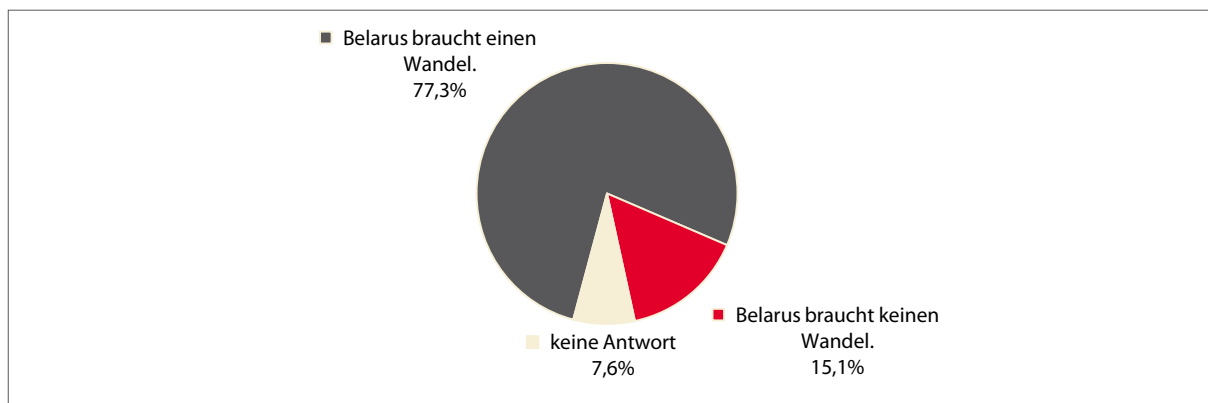
Das belarussische Regime hat mit der Durchführung dieser Parlamentswahlen fürs Erste die Gefahr, die potentiell bei jeder Wahl für die Stabilität autoritärer, auf Scheinwahlen gegründeter Regimes droht, abgewendet. Es bleibt Aufgabe der belarussischen Gesellschaft und ihrer westlichen Partner die Möglichkeiten zur zivilgesellschaftlichen Aktivität und insbesondere die Institution der einheimischen zivilgesellschaftlichen Wahlbeobachtung weiter zu entwickeln und den Wahlfälschern auch in Zukunft nicht das Feld zu überlassen.

#### *Über die Autoren:*

Adam Busuleanu und Stefanie Schiffer arbeiten für den Europäischen Austausch. Der Beitrag entstand auf Basis der Daten von »Menschenrechtler für Freie Wahlen«, <http://www.european-exchange.org/index.php?id=456>

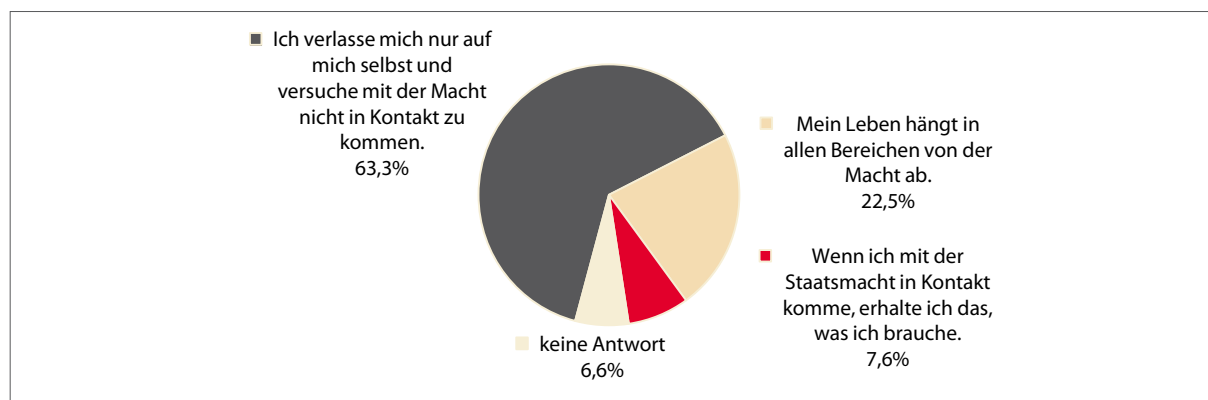
## Umfrage vor der Parlamentswahl vom 23.9.2012

Grafik 1: Welche Ansicht teilen Sie?



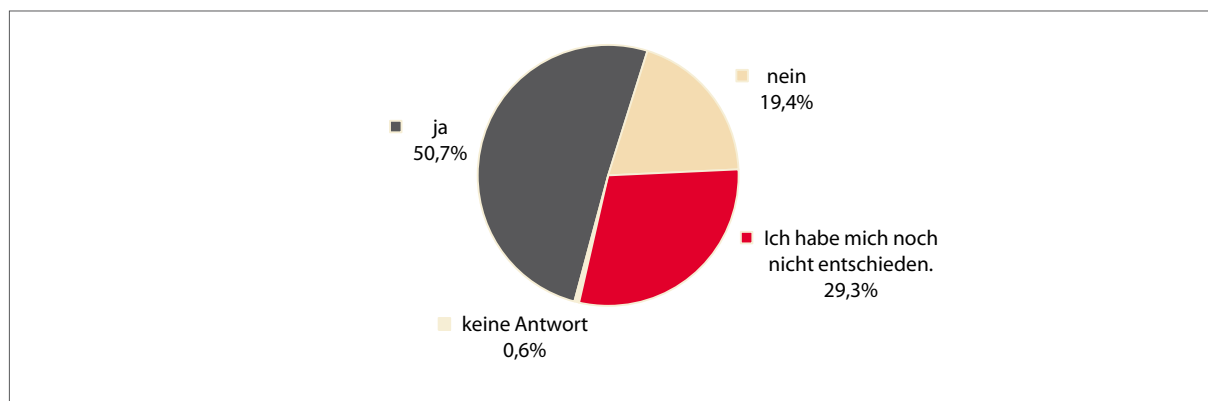
Quelle: repräsentative Umfrage von IISEPS vom 2. bis 12.6.2012, <http://www.iiseps.org/data.html>

Grafik 2: Wie würden Sie ihr Verhältnis zur Macht beschreiben?

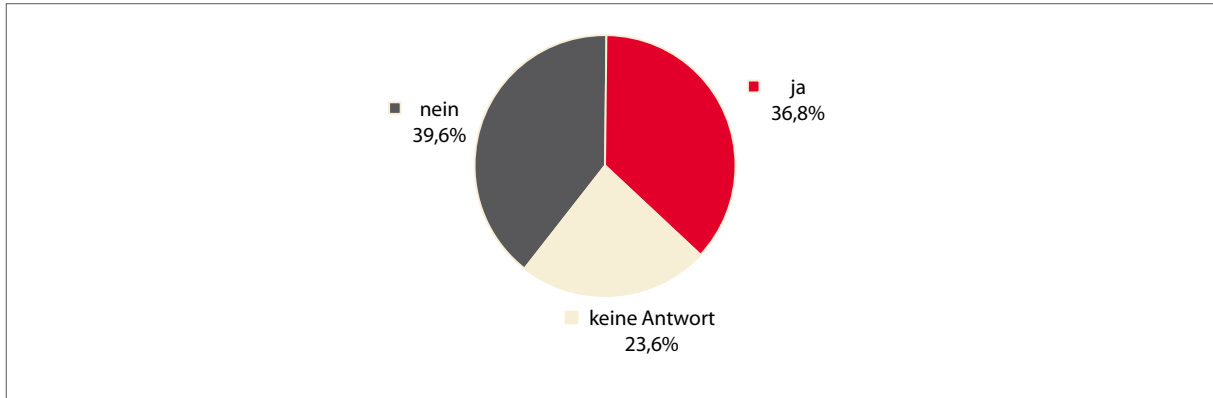


Quelle: repräsentative Umfrage von IISEPS vom 2. bis 12.6.2012, <http://www.iiseps.org/data.html>

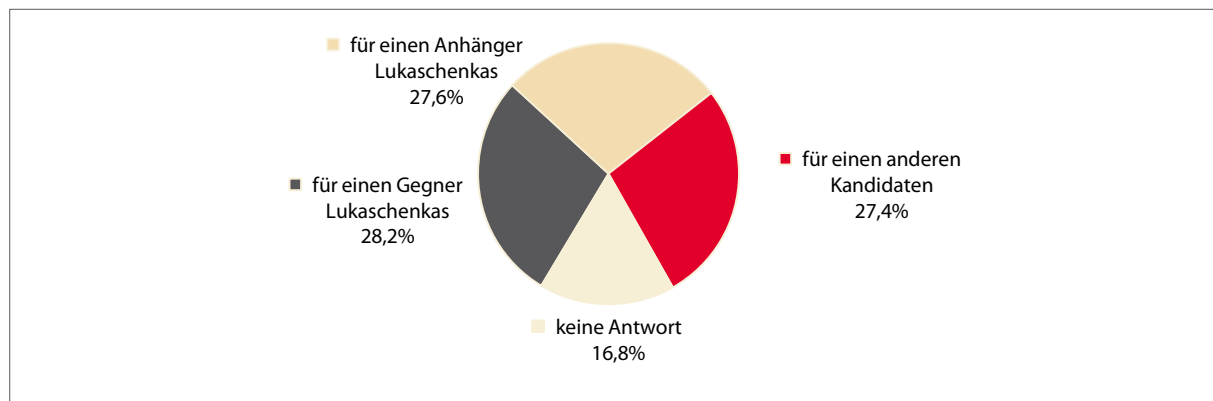
Grafik 3: Werden Sie an den Parlamentswahlen 2012 teilnehmen?



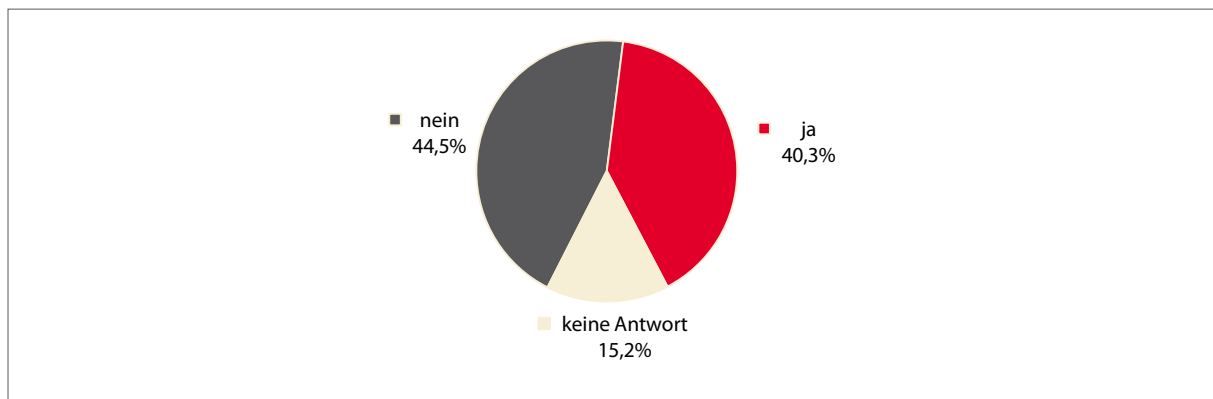
Quelle: repräsentative Umfrage von IISEPS vom 2. bis 12.6.2012, <http://www.iiseps.org/data.html>

**Grafik 4: Werden diese Wahlen Ihrer Ansicht nach frei und fair sein?**

Quelle: repräsentative Umfrage von IISEPS vom 2. bis 12.6.2012, <http://www.iiseps.org/data.html>

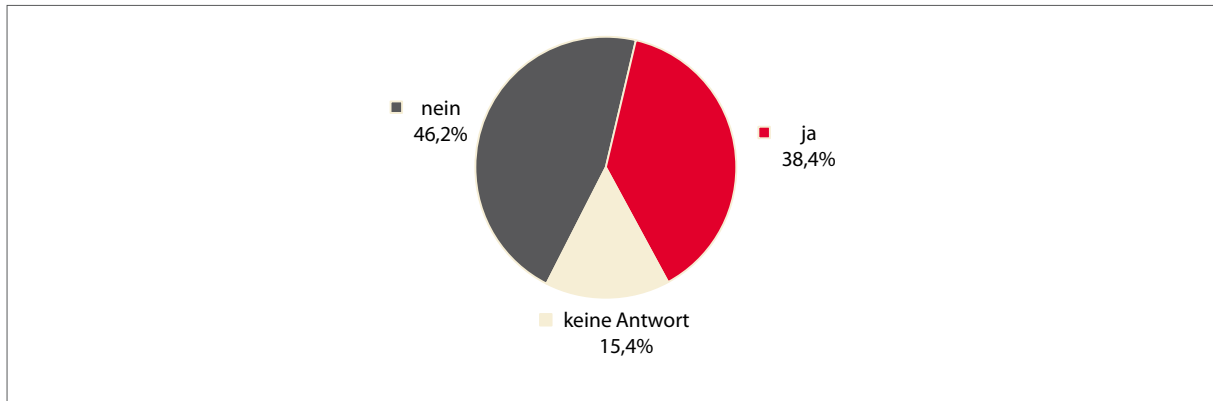
**Grafik 5: Für welchen Kandidaten würden Sie stimmen?**

Quelle: repräsentative Umfrage von IISEPS vom 2. bis 12.6.2012, <http://www.iiseps.org/data.html>

**Grafik 6: Hat das Repräsentantenhaus Einfluss auf ihr Leben oder das der Menschen, die Ihnen nahestehen?**

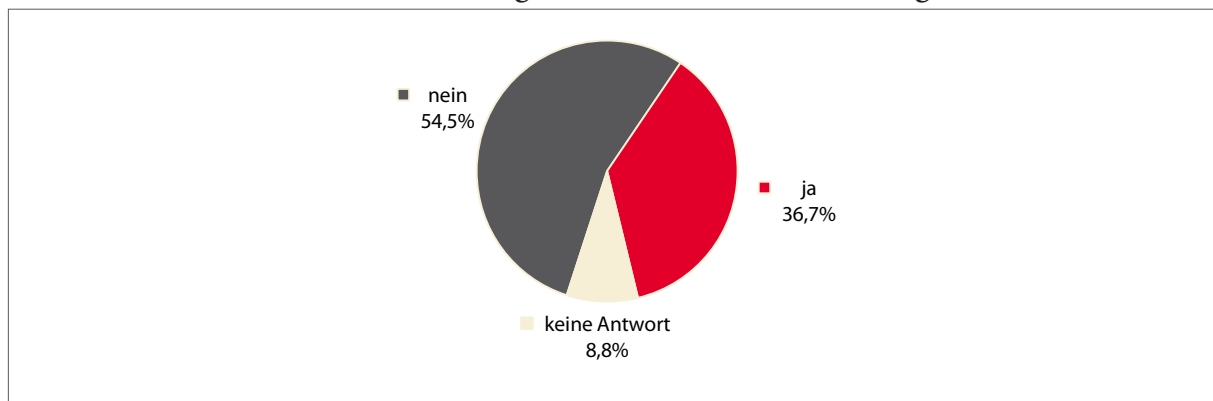
Quelle: repräsentative Umfrage von IISEPS vom 2. bis 12.6.2012, <http://www.iiseps.org/data.html>

**Grafik 7: Wird das Repräsentantenhaus, das bei der kommenden Wahl gewählt wird, die Interessen der Bevölkerung widerspiegeln?**



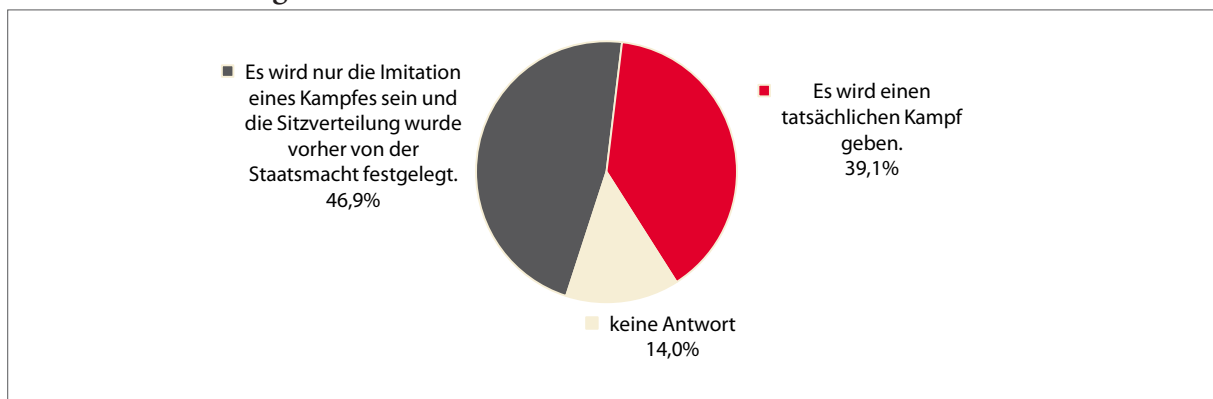
Quelle: repräsentative Umfrage von IISEPS vom 2. bis 12.6.2012, <http://www.iiseps.org/data.html>

**Grafik 8: Denken Sie, dass das Wahlergebnis von Ihrer Stimme abhängt?**



Quelle: repräsentative Umfrage von IISEPS vom 2. bis 12.6.2012, <http://www.iiseps.org/data.html>

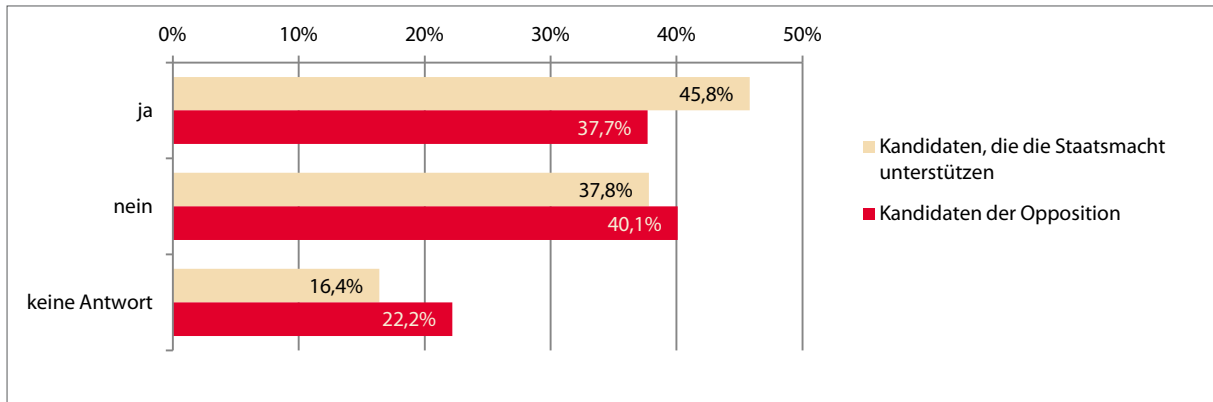
**Grafik 9: Glauben Sie, dass es bei den kommenden Wahlen einen tatsächlichen Kampf zwischen den Kandidaten geben wird oder bloß die Imitation eines solchen Kampfes und dass die Verteilung der Sitze im Repräsentantenhaus schon vorher von der Staatsmacht vergeben wurden?**



Quelle: repräsentative Umfrage von IISEPS vom 2. bis 12.6.2012, <http://www.iiseps.org/data.html>

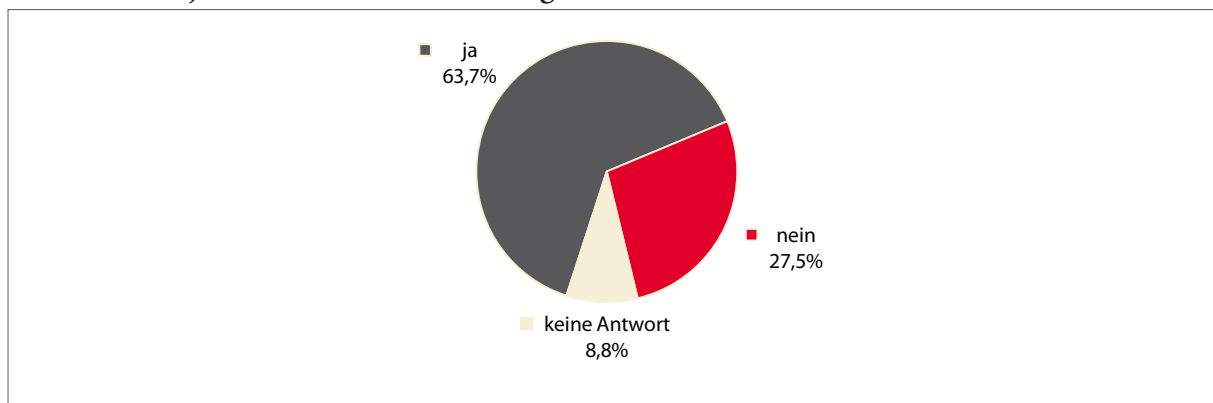


**Grafik 10: Verfügen die Kandidaten für das Parlament über ein tatsächliches Programm zur Verbesserung des Lebens im Land?**



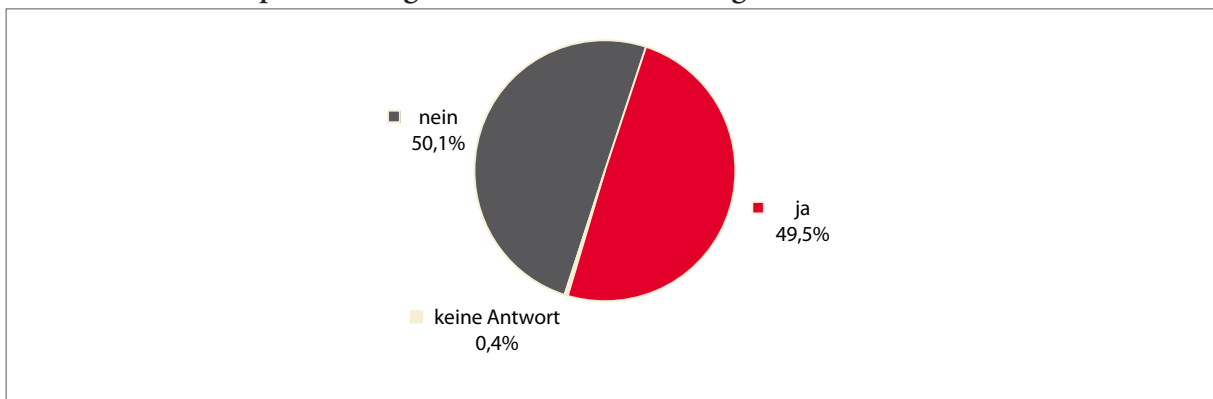
Quelle: repräsentative Umfrage von IISEPS vom 2. bis 12.6.2012, <http://www.iiseps.org/data.html>

**Grafik 11: Denken Sie, dass die unabhängige Wahlbeobachtung zu größerer Ehrlichkeit und Objektivität der Wahlen beiträgt?**



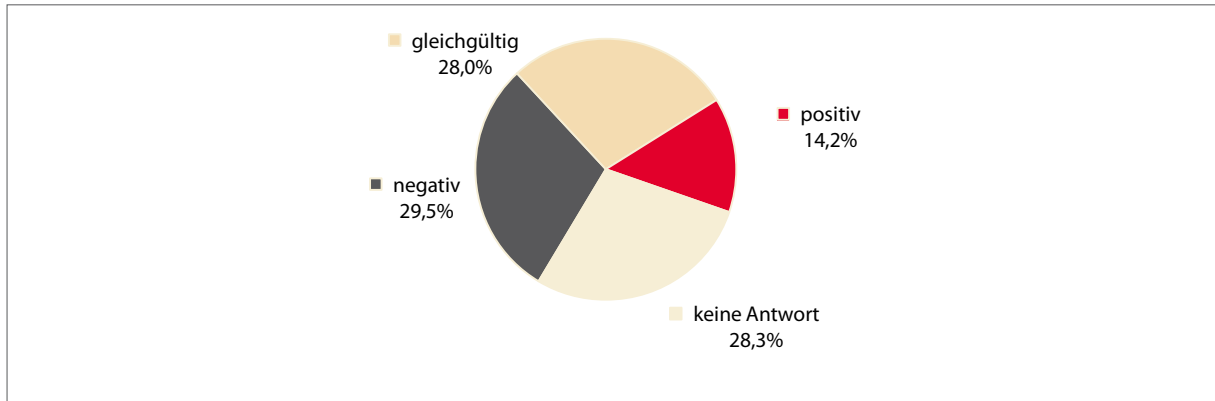
Quelle: repräsentative Umfrage von IISEPS vom 2. bis 12.6.2012, <http://www.iiseps.org/data.html>

**Grafik 12: Lokale, unabhängige und internationale Beobachter der OSZE haben bei den Parlamentswahlen 2008 und den Präsidentenwahlen 2010 in Belarus schwere Verstöße im Wahlprozess festgestellt. Haben Sie davon gehört?**



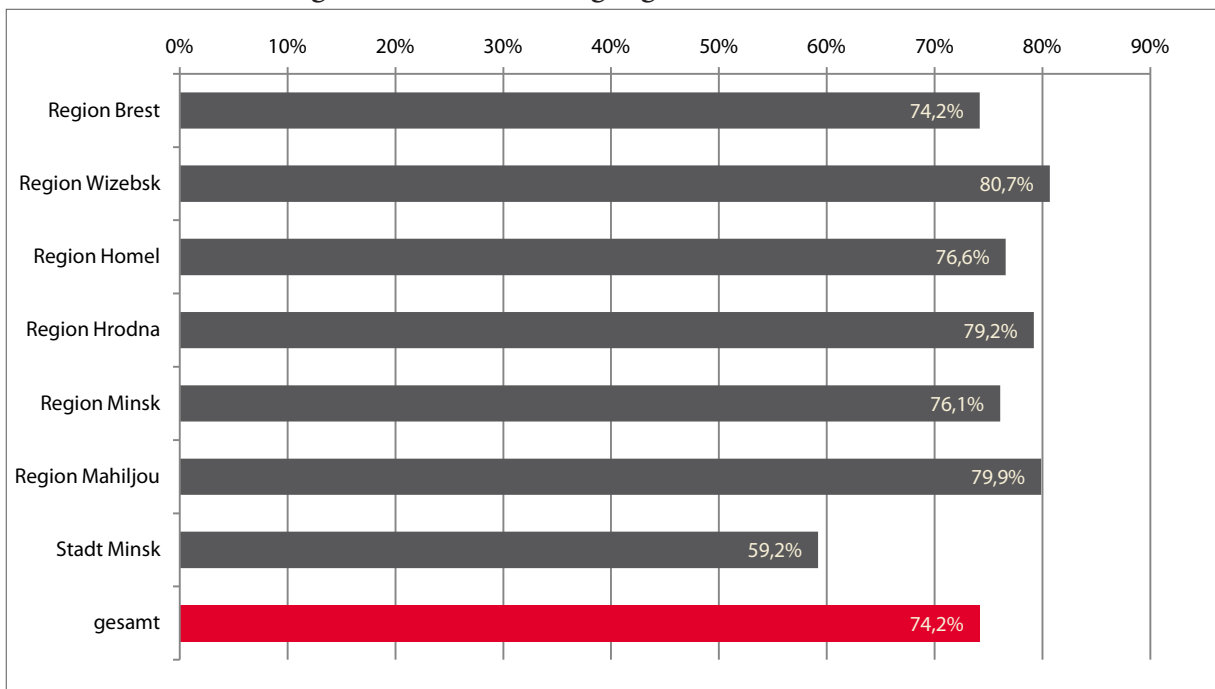
Quelle: repräsentative Umfrage von IISEPS vom 2. bis 12.6.2012, <http://www.iiseps.org/data.html>

**Grafik 13: Wie stehen Sie zu einem Boykott der bevorstehenden Parlamentswahlen, zu dem ein gewisser Teil der Opposition aufruft?**



Quelle: repräsentative Umfrage von IISEPS vom 2. bis 12.6.2012, <http://www.iiseps.org/data.html>

**Grafik 14: Offizielle Angaben zur Wahlbeteiligung**



Quelle: Offizielle Seite der Parlamentswahlen, <http://www.vybory2012.by/>

## Pressestimmen zur Parlamentswahl vom 23.9.2012

### Belarus Digest (Minsk u. a.), 23.9.2012, Ryhor Astapenia Belarussische Wahlen: Die Kunst der Fälschung

Die Parlamentswahlen in Belarus sind keinesfalls populär. Das Parlament ist lediglich eine Formsache in der belarussischen Politik. Man muss sich nur die Zahlen ansehen: Das Repräsentantenhaus hat in den letzten vier Jahren nur drei Gesetze vorbereitet. Alle anderen kamen von der Präsidentschaftsverwaltung, um dann durchgewunken zu werden. Der Boykott der Opposition trug ebenfalls seinen Teil zu diesem geringen Output bei.

Nach den ersten vier Wahltagen in Belarus hatten bereits 20 % der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Halb so viele Stimmen wurden in Wahllokalen mit unabhängigen Beobachtern gezählt, wo es schwieriger für die Wahlkomitees ist, das Wählen im Namen einer ganzen Familie zu ermöglichen.

Quelle: <http://belarusdigest.com/story/belarusian-elections-art-falsification-11347>

### Chartyja'97 (Minsk/Warschau), 24.9.2012

#### »Haus« ohne Opposition

Die schwersten Verstöße wurden registriert, nachdem die vorzeitige Stimmabgabe begonnen hatte. Von praktisch allen großen Universitäten und Unternehmen sickerten Informationen darüber durch, dass Menschen mittels Drohungen dazu gezwungen wurden, ihre Stimme vorfristig abzugeben. Vorfristig wählten Studenten, die nicht in ihrer Heimatstadt leben, Wohnheimbewohner, Wehrdienstleistende, Mitarbeiter von Staatsunternehmen sowie Bürger, die eine Freiheitsstrafe verbüßen.

Gleichzeitig zeigt die Praxis der vorherigen »Wahlkampagnen«, dass die Ergebnisse der vorfristigen Stimmabgabe sich stark von denen des eigentlichen Wahltages unterscheiden. Die Wahlbeobachter registrierten Fälle des völlig unbewachten Zugangs zu den Wahlurnen für die Stimmabgabe und berichteten vom Einwurf mehrerer Wahlzettel durch eine Person. Auch die Personenangaben über die vorfristigen Wähler von der ZWK (Zentrale Wahlkommission) unterscheiden sich stark von denen der unabhängigen Beobachter.

Natürlich ging es aber auch am Wahltag selbst nicht ohne Unstimmigkeiten ab. Erstmals in der Geschichte der belarussischen »Wahlen« wurde die Nutzung von »Karussells« festgestellt. Hierbei werden ein und dieselben Wähler zur Stimmabgabe von einem Wahllokal zum nächsten gefahren. Am Ende des Tages ist dann praktisch in allen Wahllokalen eine massiv erhöhte Wahlbeteiligung zu verzeichnen. Wie zu erwarten war, hatten die Beobachter später kaum die Möglichkeit, die Auszählung der Stimmen zu beobachten und viele von ihnen wurden unter fadenscheinigen Begründungen aus den Lokalen entfernt.

Quelle: <http://charter97.org/ru/news/2012/9/24/58869/>

### TUT.BY (Minsk), 23.9.2012

#### Lukaschenka über die Anerkennung der Wahlen: Keine Eile, bei uns fängt die richtige »Show« doch erst nach den Wahlen an

Lukaschenka betonte, dass die Parlamentswahlen in Belarus in erster Linie für die belarussische Bevölkerung durchgeführt werden und nicht für den Westen. [...]

Aljaksandr Lukaschenka riet denjenigen, die die belarussische Seite der Unehrllichkeit bei der Durchführung der Wahlen beschuldigen, von Belarus zu lernen, wie man Wahlen ehrlich, prinzipientreu und würdig durchführt, im Interesse der Bevölkerung.

»Worin besteht die Unehrllichkeit der belarussischen Wahlen?«, fragte das Staatsoberhaupt und wandte sich an eine polnische Journalistin. »Sagen Sie Ihren polnischen Wahlbeobachtern (die uns kritisieren) und allen, die bei Ihnen Wahlen durchführen, dass sie von Belarus lernen sollten, wie man Wahlen ehrlich, prinzipientreu und würdig durchführt, im Interesse der Bevölkerung. Das ist mein Rat an Sie.«

»Sie brauchen sich mit Ihren Vorschriften nicht in fremde Angelegenheiten einmischen. Sagen Sie das den polnischen Politikern. Wir kommen hier schon allein zurecht und wissen, wie wir hier unser Leben machen. Meiner Meinung nach werden wir für Sie kein Problem darstellen«, fügte der Präsident hinzu.

Quelle: [http://news.tut.by/politics/312142.html?utm\\_source=news-left-block&utm\\_medium=popular-news&utm\\_campaign=popular-news](http://news.tut.by/politics/312142.html?utm_source=news-left-block&utm_medium=popular-news&utm_campaign=popular-news)

**Deutsche Welle (Bonn u. a.), 21.9.2012, SC/gmf (afp, dapd, dpa)****Klare Worte an Weißrussland**

Das wollte sich Außenminister Guido Westerwelle dann doch nicht bieten lassen. Der Bundestagsabgeordneten der Grünen, Marieluise Beck, war von den Behörden in Minsk das Visum für Weißrussland mit der Begründung verweigert worden, sie sei eine »unerwünschte Person«. Beck hatte dort am Sonntag die Parlamentswahlen beobachten sollen. Auch der Litauer Emanuelis Zingeris und mehrere Journalisten waren an der Einreise gehindert worden.

Westerwelle zitierte den weißrussischen Botschafter Andrei Giro ins Berliner Außenministerium. Die Beauftragte für Osteuropa, Antje Leendertse, missbilligte gegenüber dem Diplomaten die Restriktionen Weißrusslands. Die Bundesregierung habe dafür »keinerlei Verständnis«.

Quelle: <http://www.dw.de/dw/article/0,,16252141,00.html>

**fr-online.de (Frankfurt a.M.), 24.9.2012, Christian Esch****Lukaschenko festigt seine Macht**

Mit einer Wahl wie zu Sowjetzeiten festigt der autoritäre Staatschef Alexander Lukaschenko in Weißrussland seine Macht. Die Opposition ist uneinig, worüber sich Lukaschenko nur freuen kann.

Die Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen in Weißrussland hat bei 74,2 Prozent gelegen, sagte die Leiterin der Wahlkommission, Lidija Jermoschina, am Montag. Nur einer der 110 Abgeordneten habe nicht gewählt werden können, weil er in seinem Wahlkreis die absolute Mehrheit verfehlt habe. Die Abstimmung werde dort wiederholt. Im neuen Parlament sind vor allem Ärzte, Beschäftigte von Staatsbetrieben und Lehrer vertreten.

Allenfalls das Staatsfernsehen der Diktatur konnte bei den Wahlen für Spannung sorgen. Es zeigte eigens in einer Live-Übertragung, wie Diktator Alexander Lukaschenko an der Wahl teilnahm. »Wir warten jetzt darauf, dass der Präsident seine Stimme abgibt. Mir scheint, er hat die Programme der Kandidaten gut studiert«, flüsterte ergeben der Reporter, während hinter einem Vorhang Lukaschenko und sein kleiner Sohn Nikolaj unerwartet lange mit Wahlzettel und Kugelschreiber hantierten.

»Nicht für den Westen« veranstalte man Wahlen, sagte Lukaschenko später trotzig, als er vor die Presse trat. Tatsächlich entspricht die Abstimmung in keiner Weise demokratischen Standards. Noch immer befinden sich 15 Oppositionelle in Haft, darunter ein Kandidat der Präsidentschaftswahlen von 2010, Nikolaj Statkewitsch, sowie Ales Bjaljatzki, Chef des Bürgerrechtszentrums Wjasna, das damals unabhängige Beobachter gestellt hatte.

Quelle: <http://www.fr-online.de/politik/weissrussland-lukaschenko-festigt-seine-macht,1472596,17896262.html>

**Zeit Online (Hamburg), 21.9.2012, Ulrich Krökel****Diktator Lukaschenko verhöhnt die Opposition**

Bestes Beispiel für die Zersplitterung ist die Demokratiebewegung Sag die Wahrheit, deren Kandidaten nach einer Urabstimmung an der Wahl am Sonntag teilnehmen wollen. Doch nicht alle Aktivisten halten sich daran. In Minsk haben sich Teile der Bewegung den Boykottplänen angeschlossen. Sie marschieren getrennt, und sie verlieren getrennt. Und so kann es kaum verwundern, dass nur jeder fünfte Weißrusse Vertrauen zur Opposition hegt, während jeder Zweite Lukaschenko unterstützt.

Valentin Stefanowitsch setzt eine paradoxe Hoffnung auf die wachsende materielle Not im Land. In Weißrussland geht es rasant bergab. Die Reallöhne haben sich seit der Präsidentschaftswahl 2010 halbiert. Durchschnittlich 150 Euro verdienen die Menschen im Monat. »Als junger Mann habe ich erlebt, wie die Sowjetunion innerhalb weniger Jahre zusammengebrochen ist, weil die Wirtschaft kollabierte«, sagt Stefanowitsch und fügt mit einem ruhigen Lächeln hinzu: »Als Gorbatschow mit der Perestroika begann, hat das schnelle Ende auch niemand vorausgesehen.«

Quelle: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-09/Weissrussland-Wahl-Opposition/seite-2>

**The Economist online (New York), 21.9.2012,  
Belarus' Nicht-Wahl**

Man kann schwerlich behaupten, dass Belarus vom Wahlfieber gepackt wurde. An einer Infotafel im Zentrum von Saslauje, einer kleinen Stadt vor Minsk, ist ein A4-Poster der einzige Hinweis auf die am Sonntag stattfindenden Parlamentswahlen. Rundherum hängen Angebote für Jobs, bei denen man weniger als 200 US-Dollar im Monat ver-

dient. Die galoppierende Inflation des letzten Jahres ist zwar gezähmt worden, aber die Preise steigen weiterhin schneller als die Gehälter und einen Job im Niedriglohnssektor lohnt es kaum anzunehmen.

Die Kunden im Einkaufsladen geben zu, dass sich etwas ändern muss, jedoch nur wenige haben die Illusion, dass die Wahlen zur Nationalversammlung diesen Wandel herbeiführen können. Das Organ ist ein Werkzeug der Administration Aljaksandr Lukaschenkas, des Präsidenten. Die meisten lachen einfach, wenn unser Korrespondent sie fragt, ob sie die Wahlen etwas angehen.

*Quelle:* <http://www.economist.com/blogs/easternapproaches/2012/09/Belarus>

### **Gaseta.ru (Moskau), 24.9.2012, Denis Lawnikewitsch** **Opposition außerhalb des Parlaments**

Die Internetseiten der Belarussischen Christlichen Demokratie, der Bewegung »Für die Freiheit«, der Vereinigten Demokratischen Kräfte und der Vereinigten Bürgerpartei sind nicht mehr zugänglich. Auf diesen Seiten wurde die Information verbreitet, dass nach Angaben der Wahlbeobachter die Wahlbeteiligung bei weniger als 50 % liegen könnte. [...]

Diese Wahlen unterschieden sich von den bisherigen darin, dass die Opposition gleich mehrere Strategien gleichzeitig ausprobiert hat. Während die politischen Parteien sich früher bemühten nur eine Strategie zu fahren, haben sich die Politiker dies mal ernsthaft mit Strategien für die Gestaltung der Beziehungen zur Macht auseinandergesetzt sowie Strategien in Betracht gezogen, die auch Erfolg haben könnten. Es ist noch zu früh, um über einen Sieg zu reden, aber wichtig ist die Abkehr vom dissidentischen hin zum politischen Kampf. Die Bildung gesellschaftlich-politischer Institutionen, die im Jahre 2010 begann, wird fortgesetzt, ungeachtet aller Repressionen und Schwierigkeiten. Das ist die zweite, durchaus optimistische Schlussfolgerung aus dieser Parlamentskampagne. Die dritte Folgerung ist eher betrüblich: Ungeachtet der verschiedenen Strategien ist es nicht gelungen, die Bevölkerung in eine gesellschaftlich-politische Diskussion einzubeziehen – die Menschen haben weniger Interesse an den Wahlen gezeigt als je zuvor.

*Quelle:* [http://www.gazeta.ru/politics/2012/09/24\\_a\\_4785073.shtml](http://www.gazeta.ru/politics/2012/09/24_a_4785073.shtml)

### **Nesawisimaja gaseta (Moskau), 24.9.2012, Anton Chodasewitsch** **In Belarus wurde das Parlament gewählt**

Der belarussische Präsident ist sich sicher, dass der Wahlprozess demokratisch war und rechnet damit, dass die internationale Gemeinschaft derselben Meinung ist. »Wenn auch dies mal jemand an der Wahl des belarussischen Volkes zweifelt, dann weiß ich auch nicht, wie man Wahlen durchführen soll, nach welchen Standards und nach welchen Gesetzen«, sagte er.

Viele ausländische Beobachter haben bereits erklärt, dass sie mit dieser Einschätzung einverstanden sind. Dazu gehören in erster Linie die Vertreter der GUS-Mission und »unabhängige« ausländische Beobachter. »Ich sage Ihnen ganz offen, dass wir weder in Minsk noch in den Regionen irgendwelche Beschwerden erhalten haben«, erklärte der Leiter der GUS-Beobachtermission Sergej Lebedew. Seiner Einschätzung nach verlaufen die Wahlen »ruhig und organisiert«. Ein unabhängiger Beobachter, der Leiter der Freundschaftsgruppe »Frankreich – Belarus« in der Region Nord-Pas-de-Calais, Bernard Seux, hält die belarussischen Wahlen überhaupt für »ein Beispiel der Demokratie«.

*Quelle:* [http://www.ng.ru/cis/2012-09-24/7\\_belorussia.html](http://www.ng.ru/cis/2012-09-24/7_belorussia.html)

*Zusammengestellt und übersetzt von Judith Janiszewski*

## Wahlbericht der OSZE

### International Election Observation

#### Republic Of Belarus—Parliamentary Elections, 23 September 2012

#### Preliminary Conclusions, 24 September 2012

In the 23 September parliamentary elections, many OSCE commitments including citizens' rights to associate, to stand as candidates, and to express themselves freely were not respected, despite some improvements to the electoral law. While there was an increase in the number of candidates put forward by parties, prominent political figures who might have played a role in this contest remained imprisoned or were not eligible to register due to their criminal record. The field of contestants was also constricted by arbitrary administrative actions, leading to a limitation of choice for voters. The elections were not administered in an impartial manner and the complaints and appeals process did not guarantee effective remedy.

While international observers assessed early voting and election day voting procedures positively, the process deteriorated considerably during the count. Observers were not given a meaningful opportunity to observe the count and evaluated the process negatively in a significant number of polling stations observed. The continued lack of properly delineated counting procedures meant that an honest count, as required by paragraph 7.4 of the 1990 OSCE Copenhagen Document, could not be guaranteed.

These parliamentary elections were held under an Electoral Code that was amended in 2010 and 2011. Despite the amendments, the legal framework does not adequately guarantee the conduct of elections in line with OSCE commitments and international standards. Several important aspects of the electoral process lacked clarity allowing for an arbitrary and inconsistent application of the law, including the criteria for signature verification for candidate registration. This underscores the need for continued electoral reform.

Election commissions at all levels fulfilled their administrative obligations according to the deadlines set in the election calendar. Central Election Commission (CEC) sessions were open and attended by observers. However, a number of statements made by the CEC brought into question the impartiality of its work. Overall, contrary to international standards, the CEC did not administer the electoral process in a neutral manner. Positive amendments to increase the representativeness of lower-level election commissions were largely ineffectual due to the lack of detailed selection criteria. International observers noted the continued influence of local authorities on the operations of lower-level commissions. [...]

On a positive note, for the first time, political parties could nominate candidates in all constituencies regardless of whether they maintain a regional office in a given district. This resulted in an increase in political party nominations. Nonetheless, the process of candidate registration was marred by an overly technical application of the law that resulted in the exclusion of one in four nominees, challenging paragraphs 7.5 and 24 of the 1990 OSCE Copenhagen Document. Following the late withdrawal of 81 candidates, 293 candidates contested these elections.

The election campaign was barely visible in most parts of the country throughout the four-week campaign period. Regulations placed limits on the holding of campaign rallies, printing and distribution of campaign material, and access to the media. Although generally calm, the campaign was marred by several reports of intimidation of opposition candidates and activists. Two political parties boycotted the elections and two additional parties withdrew their candidates, citing the continued imprisonment of individuals on political grounds, the limited role of parliament, and a low level of confidence in the electoral process.

Although the Constitution guarantees freedom of expression and prohibits censorship, and while a high number of media outlets exist, coverage of the campaign did not provide a wide range of views. Candidates who called for an election boycott had their free airtime and/or print space denied or censored. Media coverage focussed on the President and government activities, with minimal attention given to candidates. [...]

Mechanisms to review complaints and appeals fail to provide stakeholders with an effective remedy, challenging paragraph 5.10 of the OSCE 1990 Copenhagen Document and Article 8 of the Universal Declaration of Human Rights. While CEC and Supreme Court hearings took place in open sessions, in many cases the review of complaints was marked by an inconsistent and formalistic application of law, often at the expense of the right to a fair hearing and the principle of proportionality.

*Den vollständigen Bericht finden Sie unter:* <http://www.osce.org/odihr/elections/Belarus/2012>

## Vom 27. Juni bis 27. September 2012

27.6.2012	Die Zentrale Wahlkommission beschließt gemeinsam mit Vertretern der staatlichen Medien, dass Wahlkampfdebatten nicht live übertragen werden dürfen.
29.6.2012	Präsident Aljaksandr Lukaschenka beendet einen offiziellen Besuch bei seinem Amtskollegen Rafael Correa in Ecuador. Die Staatschefs unterzeichneten Dokumente zur Intensivierung der bilateralen Kooperation in Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung.
29.6.2012	Der wegen Diffamierung des Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka am 21.6.2012 inhaftierte Journalist Andrzej Poczobut wird aus der Haft entlassen, darf aber das Land zunächst nicht verlassen und auch das Strafverfahren gegen ihn wird fortgeführt.
1.7.2012	Auf Einladung des Präsidenten der Ukraine, Wiktor Janukowytsch, reist Präsident Aljaksandr Lukaschenka zum Endspiel der Fußball-Europameisterschaft nach Kiew.
4.7.2012	Zwei Mitarbeiter einer schwedischen PR-Agentur fliegen unerlaubt mit einem Leichtflugzeug von Litauen aus nach Belarus und werfen Hunderte von Stoffteddybären mit Protestlosungen über Iwanjuz und Minsk ab. Die schwedische Werbefirma Studio Total erklärt, sie wollte mit der Aktion die Nachrichtenwebseite Charter97 unterstützen. Das belarussische Außenministerium bestreitet zunächst die Verletzung des Luftraumes durch ein ausländisches Kleinflugzeug.
5.7.2012	Die Zentrale Wahlkommission richtet einen Aufsichtsrat zur Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften und Regeln für den Wahlkampf in den Medien ein. Mitglieder sind Beamte des Informationsministeriums und Mitarbeiter der staatlichen Medien sowie zwei Vertreter des Belarussischen Journalistenverbandes.
5.7.2012	Die EU verabschiedet eine Resolution zu Belarus, in der die Missachtung der Menschenrechte und die Verfolgung Oppositioneller angeprangert werden.
7.7.2012	Die Parlamentarische Versammlung der OSZE verabschiedet eine Resolution, in der die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen gefordert wird. Solange dies nicht geschehen sei, solle auch die Eishockey-Weltmeisterschaft nicht in Belarus stattfinden.
9.7.2012	Auf Wahlkreisebene werden 110 Wahlkommissionen mit jeweils 13 Mitgliedern zusammengestellt. Die Vertreter der Opposition stellen 3,3 % der Kommissionsmitglieder.
13.7.2012	Der Journalistikstudent Anton Surapin wird festgenommen, weil er Fotos von der Teddybären-Aktion im Internet veröffentlicht hat. Am 18.8.2012 wird er wieder freigelassen, darf aber seine Heimatstadt nicht verlassen und auch die Anklage wird nicht fallengelassen. Das Gleiche gilt für Sjarhej Bascharymau, der Räumlichkeiten an Mitorganisatoren der Aktion vermietet haben soll.
17.7.2012	Der Oppositionsaktivist Iwan Ameltschanka wird zum vierten Mal festgenommen und zu 12 Tagen Haft verurteilt. Er wollte an diesem Tag Unterlagen zur Registrierung einer Initiativegruppe für seine Nominierung als Kandidat für die Repräsentantenkammer einreichen.
18.7.2012	Belarus und Russland unterzeichnen einen Vertrag über den Bau eines Atomkraftwerkes, für das Belarus einen Kredit in Höhe von 10 Mrd. US-Dollar erhält.
23.7.2012	Der russische Geheimdienst FSB teilt mit, dass Belarus zwei Tschetschenen an Russland ausgeliefert habe. Sie sollen in Tschetschenien Raubüberfälle begangen und das erbeutete Geld zu großen Teilen an Rebellenführer Doku Umarow übergeben haben.
24.7.2012	Das Organisationsbüro der Olympischen Spiele in London verweigert Präsident Aljaksandr Lukaschenka die Akkreditierung.
25.7.2012	Nach Ende der Antragsfrist werden 352 Initiativegruppen zur Sammlung von Unterstützerunterschriften zur Aufstellung von Kandidaten für das Repräsentantenhaus registriert. Diese Gruppen wollen insgesamt 330 Personen nominieren (durch je 1.000 Unterschriften im betreffenden Wahlkreis).
26.7.2012	Diejenigen Personen, die am Flug eines schwedischen Kleinflugzeugs über Belarus schuld sind, sollen bestraft werden, sagt Präsident Aljaksandr Lukaschenka auf einer Sitzung zur Anpassung der Streitkräfte und Grenzdienste an die aktuellen Herausforderungen.
31.7.2012	Präsident Aljaksandr Lukaschenka entlässt wegen der Teddybären-Affäre Luftwaffenchef Dmitri Pachmelkin und den Leiter des Staatlichen Grenzkomitees Igor Raschkowski. Zwei Tage später wird auch Andrej Harulka von seinem Amt als Stellvertretender Leiter des Staatlichen Grenzkomitees entlassen.

3.8.2012	Der Pressesekretär des belarussischen Außenministeriums, Andrej Sawynych, erklärt, man habe den schwedischen Botschafter heute nicht des Landes verwiesen, sondern entschieden, seine Akkreditierung nicht zu verlängern, weil er in seiner siebenjährigen Amtszeit die schwedisch-belarussischen Beziehungen zerstört habe. Am gleichen Tag weist Schweden die Hälfte des diplomatischen Personals der belarussischen Botschaft aus.
8.8.2012	Belarus schließt seine Botschaft in Schweden und zieht alle Mitarbeiter der Botschaft ab. Das Außenministerium lässt verlauten, dass, »auf Grund des Prinzips der Gegenseitigkeit, das im Art. 2 des Wiener Übereinkommens verankert ist, nun die schwedische Seite ihre Botschaft aus Belarus bis zum 30. August 2012 abziehen soll.« Zwei Tage später äußern sich alle EU-Mitgliedsländer solidarisch mit Schweden.
8.8.2012	6.301 Wahlkommissionen werden für die Wahllokale der Repräsentantenhauswahl gebildet. Die Oppositionsparteien stellen 0,1 % der Kommissionsmitglieder.
13.8.2012	Die Phase der Nominierung von Kandidaten für das Repräsentantenhaus durch Unterschriften ist beendet. Insgesamt sind 223 Unterschriftensätze eingegangen.
13.8.2012	Aus Protest gegen die Schließung der Botschaft des EU-Partners Schweden in Minsk bestellt die Bundesregierung den belarussischen Botschafter Andrej Giro ein.
15.8.2012	Präsident Aljaksandr Lukaschenka betont, dass Belarus die Position Russlands bei internationalen Fragen unterstützt, insbesondere bei der syrischen. Dies erklärt er auf einem Treffen mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow.
20.8.2012	Sjarhej Martynau wird von seinem Amt als Außenminister, das er seit 2003 innehatte, entbunden. Uladzimir Makej wechselt vom Amt des Chefs der Präsidialverwaltung zu dem des Außenministers, obwohl er von der EU mit einer Einreiseperrre belegt ist. Eine Woche darauf wird der ehemalige bisherige Stellvertretende Leiter der Behörde, Andrej Kobjakou, zum Nachfolger Makejs ernannt.
21.8.2012	Der Ministerpräsident Litauens, Andrius Kubilius, erklärt, dass Litauen nichts mit der Teddybären-Affäre zu tun habe und reagiert damit auf Anschuldigungen des belarussischen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka. Er hatte auch die schwedische Botschaft der Mittäterschaft beschuldigt.
23.8.2012	Die Registrierung der Kandidaten für die Parlamentswahl wird abgeschlossen. Von den 494 Anwärtern wird 122 Personen die Registrierung verweigert. Von den 128 Kandidaten der Opposition werden 25 nicht registriert.
27.8.2012	Der neu gegründete Aufsichtsrat zur Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften und Regeln für den Wahlkampf in den Medien entscheidet, dass die Auftritte einiger Mitglieder der Vereinigten Bürgerpartei, in denen sie zum Wahlboykott aufrufen, nicht als Wahlkampf eingestuft werden können. Daraufhin unterbinden die Rundfunk- und Fernsehanstalten die Ausstrahlung solcher Beiträge.
27.8.2012	Nachdem bekannt wurde, dass Deutschland zwischen 2008 und 2011 Computer, Software und Kameras an Belarus geliefert und auch ca. 500 Sicherheitskräfte weitergebildet hat, äußern sich verschiedene belarussische Oppositionelle kritisch zu der Zusammenarbeit zwischen deutschen Behörden und der belarussischen Miliz.
5.9.2012	Das Oberste Gericht weist die Klage Aljaksandr Milinkewitschs, einem der Präsidentschaftskandidaten von 2010, gegen die Ablehnung seiner Kandidatur bei den Parlamentswahlen ab.
5.9.2012	Jahor Winjazki, Aktivist der Kampagne »Sag die Wahrheit«, wird zu sieben Tagen Haft wegen angeblicher Verwendung obszöner Sprache in der Öffentlichkeit verurteilt. Am Tag darauf wird das Büro der Organisation durchsucht und Wahlkampfmaterialien beschlagnahmt. Wiederum einen Tag später werden auch Aljaksandr Arzybaschau und Pawel Winahradau verhaftet.
11.9.2012	Die Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Lidsija Jarmoschna, teilt mit, dass bisher 389 internationale Wahlbeobachter akkreditiert worden sind. Des weiteren seien 363 Kandidaten für die Parlamentswahlen zugelassen worden.
13.9.2012	Denis Daschkewytsch von der Kampagne »Sag die Wahrheit« zieht sich aus der Politik zurück, nachdem ihm die Registrierung als Kandidat für die Parlamentswahl verweigert worden war.
15.9.2012	Die Oppositionsparteien Vereinigte Bürgerpartei und PBNF ziehen ihre Kandidaten für die Parlamentswahl Ende September zurück und rufen die Menschen auf, die Wahl ebenfalls zu boykottieren. Sie sehen den Wahlausgang als bereits beschlossene Sache an und wollen damit für die Befreiung der politischen Gefangenen demonstrieren.
18.9.2012	Die vorfristige Stimmabgabe zu den Parlamentswahlen vom 23.9.2012 beginnt.
18.9.2012	Bei einer Demonstrationsaktion der Bewegung »Sag die Wahrheit« in Minsk werden mehrere Journalisten aus dem In- und Ausland festgenommen und noch am gleichen Tag wieder freigelassen.
18.9.2012	Der Leiter der Wahlbeobachterkommission der GUS-Staaten, Sergej Lebedew, geht davon aus, dass die Parlamentswahlen in Belarus demokratisch ablaufen werden.



20.9.2012	Der Botschafter Belarus' in Deutschland, Andrej Giro, wird wegen der Verhaftung ausländischer Journalisten ins Auswärtige Amt bestellt. Weiterer Grund ist, dass den beiden OSZE-Wahlbeobachtern Emanuelis Zingeris und Marieluise Beck die Visaausstellung verweigert wurde.
23.9.2012	Landesweit werden Wahlen zum Repräsentantenhaus abgehalten. Tags darauf verkündet die Leiterin der Wahlkommission, Lidsija Jarmoschyna, eine Wahlbeteiligung von 74,2 %. Nur einer der 110 Abgeordneten habe aufgrund der fehlenden absoluten Mehrheit nicht gewählt werden können. 63 Abgeordnete gehören der präsidententreuen Vereinigung Belaja Rus an und stellen somit die absolute Mehrheit (53 %).
24.9.2012	Der Leiter der Wahlbeobachterkommission der GUS-Staaten, Sergej Lebedew, bezeichnet die Wahlen zum Repräsentantenhaus als den allgemeinen demokratischen Normen entsprechend, zudem seien sie transparent und offen gewesen. Nach Ansicht der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton und des EU-Kommissars Stefan Füle hingegen ist bei den Wahlen die Chance vertan worden, den Wahlvorgang internationalen demokratischen Standards anzupassen.
26.9.2012	Finanzminister Andrej Charkawez gibt bekannt, dass der Preis für russisches Gas im kommenden Jahr von 165 auf 185 US-Dollar pro 1000m <sup>3</sup> ansteigen wird. Der Haushalt für das Jahr 2013 werde ohne Defizit aufgestellt, da die Einnahmen wachsen, die Ausgaben aber gleich bleiben würden.
27.9.2012	Der Oppositionsaktivist Sjarhej Kawalenka wird aus der Haft entlassen. Nach Angaben seiner Mutter habe er unter Druck um Begnadigung gebeten. Im Februar 2012 war er zu 25 Monaten Haft wegen Verstoßes gegen seine Bewährungsauflagen verurteilt worden. Man warf ihm das »illegale Zeigen der verbotenen belarussischen Nationalflagge« vor.

Sie können die gesamte Chronik seit 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. und  
Internationales Bildungs- und Begegnungswerk, Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Judith Janiszewski (verantwortlich), Astrid Sahm, Martin Schön

Satz: Matthias Neumann

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

ISSN 2192-1350 © 2012 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>



## Belarus Perspektiven

- Seit mehr als zehn Jahren berichten die **Belarus Perspektiven** aus einem fast unbekanntem Land. Uns lesen Initiativen und Politiker, Journalisten und Unternehmer – all jene, die in Belarus etwas bewegen wollen.
- Durch unsere kritischen Berichte und Analysen sind unsere Leser nicht nur auf dem neuesten Stand – sie erfahren auch, was hinter den Kulissen geschieht.

**IBB**

Internationales  
Bildungs- und  
Begegnungswerk

- Autoren der Belarus Perspektiven sind namhafte belarussische Journalisten, unabhängige Medienvertreter, Wirtschaftsexperten und zivilgesellschaftliche Akteure.
- Die Zeitschrift erscheint **vierteljährlich** und kostet inklusive Versand **15,- € im Jahresabonnement**.
- Zu beziehen sind die Belarus Perspektiven beim IBB in Dortmund bzw. online unter <http://www.ibb-d.de/publikation-anfordernhtml.html>
- **Ältere Ausgaben** der Belarus Perspektiven finden Sie im Archiv als pdf-Datei zum **Download**, <http://www.ibb-d.de/bp-archiv.html>

## Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

### Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

### Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [zentralasien-analysen@dgo-online.org](mailto:zentralasien-analysen@dgo-online.org)

### Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)